

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



Lübecker Volksbote

Nummer 107

Dienstag, den 9. Mai 1922.

29. Jahrgang.

Die sterbende Entente.

Dr. L. Lübeck, 9. Mai.

Die englische Politik verfolgt seit der Navigationsakte, seit den Zeiten Oliver Cromwells also, mit ungeheurer Rücksichtslosigkeit eine schnurgerade Linie: Die Erhaltung eines annähernden Gleichgewichts der Mächte auf dem europäischen Festlande. Sie widersteht sich deshalb seit Jahrhunderten jedem Versuch einer einzelnen Macht oder auch einer Mächtegruppe, eine europäische Hegemonie zu errichten. Dieses Ziel der englischen Politik erklärt die Kriege gegen Holland; erklärt die endlosen Kriegszüge gegen Ludwig XIV.; auch die ungeheure Opferbereitschaft und Zähigkeit des englischen Volkes im Kampfe gegen Napoleon hatte keinen anderen Zweck. Nur dann fühlt sich England in seiner europäischen Geltung sicher, wenn die eine Macht von einer anderen so sehr in Schach gehalten wird, daß es selbst stets den Ausschlag zu geben vermag in einem Kampfe der beiden Gegner. Der Machtaufstieg Deutschlands um die Jahrhundertwende, die weitausgreifenden Gestecke Wilhelm II. mußten Englands Widerstand auf den Plan rufen. Allerdings soll es ernsthafteste deutsche Politiker gegeben haben, die nur auf englische Bluffs gerechnet haben; die nie und nimmer glauben mochten, daß das englische Volk in einem deutsch-französischen Krieg den letzten Pfennig, den letzten Blutstropfen opfern würde. Wie wenig hatten diese aus der englischen Geschichte seit 1650 gelernt!

Mag dem englischen Volk 1914 das tragische Schicksal Belgiens Kriegursache gewesen sein, die Hüter der englischen Politik an der Thematik verfolgten ein viel tieferes Ziel: Die Verhinderung der unumschränkten deutschen Vorherrschaft über Europa. Das Ziel ist erreicht, im 4jährigen Kriege; Deutschland ist niedergeworfen, geschlagen, aus der Reihe der kampfkraftigen Großmächte ausgeschieden.

Sa, man kann sagen, es ist für die englische Politik zu gut erreicht worden, zu vollständig. Denn noch ist Deutschlands Stern taumelnd verblüht, und schon steigt ein anderer hoch am Himmel der europäischen Mächtegruppierung: Frankreich. Das einzige wirklich schlagfertige Heer Europas steht der französischen Regierung zur Verfügung; und rücksichtslos pocht Paris auf diese seine Macht. Die gleichschmeitende, mit der Wilhelm einfiel die Welt durchschmettete, sie kommen jetzt aus dem Munde eines Poincaré! Auf's neue ist die Ruhe Englands gefährdet; wieder muß Englands Politik Ausschau halten nach einer düstern, gefährlichen Zukunft.

Während also in Genua die Blumenpracht des Frühsummers die Gärten und Veranden füllt, während der laue Rivierwind alle erhitzten Köpfe zur Ruhe schmeichelt, steht über der Konferenz eine düstere Gewitterwolke. Die Staatsmänner der Entente übersehen sie abstrichlich; sie wollen nicht jetzt schon die mit so unendlich viel Blut gekitzelte Freundschaft verrotten lassen. Aber wie beizender Rauch schiebt sich französisch-englisches Mißtrauen durch alle Lürrihen der Verhandlungsräume. Und es kann nur eine Frage der Zeit sein, daß England umschwenkt, offen umschwenkt. Einstweilen versucht Lloyd George noch durch gütliches Zureden Frankreich von seiner Großmannsjucht abzubringen; versucht, immer wieder eine ganz-europäische Einigung herbeizuführen. Seine Erfolge waren jedoch bisher sehr, sehr gering. Poincaré pocht unentwegt auf die Rechte, auf die Ansprüche Frankreichs auf Vorherrschaft, auf die militärische Kontrolle der gesamten unendlichen Festlandsmasse zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean.

Das muß die alte englische Politik auf den Plan rufen; muß eines Tages England zum Feinde Frankreichs machen. So trägt seit dem Frieden von Versailles die Entente einen Todeskeim in sich; an dem sie seither dahinsiecht, an dem sie sterben wird. Und auch die Magnolienbüsche der Riviera, auch die Mittelmeerluft der ligurischen Küste wird das nicht ändern.

Lloyd George weiß das. Aber wie soll er es verhindern? Poincaré weiß es auch, aber er fürchtet England nicht. Er geht den Weg weiter, den der Krieg im Jahre 1870 den französischen Träumen so jah verarmelt hat. Er setzt damit die Politik fort, der schon Ludwig XIV., Napoleon I. und Napoleon III. gehuldigt haben: Vorherrschaft Frankreichs über Europa.

Nur deutliche Kurzsichtigkeit könnte sich über solche Entwicklung iten; deutsche Chauvinisten werden vielleicht schon von neuen Kriegen träumen. Zu all dem ist kein Anlaß vorhanden. Das Deutschland braucht, ist ein ruhiges, eintiges und friedfertiges Europa. Wir müssen und wir wollen in gutem Einverständnis leben mit Rußland, und mit England, aber auch mit

Frankreich. Und wir können deshalb nur den einen sehnlichen Wunsch haben, daß es Lloyd George doch noch gelingen möge, die europäische Politik auf den Weg der Verständigung und Versöhnung zu führen.

Wenn auch nicht jetzt schon in Genua — da wird die Hoffnung täglich geringer — so doch später, nach englischen und französischen Neuwahlen.

Die Genuaer Konferenzfreilichkeiten werden nur dem verständlich, der sie von diesem Gesichtspunkte der brüchigen Entente und der französischen Pläne verfolgt. Frankreich haßt die Konferenz; haßt die europäische Einigkeit und die Gleichberechtigung aller. Es will nicht, daß unter Mithilfe Deutschlands Rußland wieder aufgebaut wird. Es pocht auf seinen Friedensvertrag und weist alle anderen Abmachungen schroff zurück. Deshalb versuchte es anlässlich des deutsch-russischen Vertrags die Ruhe zu stören. Und sein schroffes Auftreten gegen Rußland aus Anlaß des Memorandums entspringt wieder dem Wunsch Poincarés, die Konferenz doch noch zu sprengen, in Häßlichkeit versinken zu lassen. Dann hätte er wieder freie Hand, dann wäre der Oberste Rat unter seinem Vorsteher und auch die Reparationskommission wieder allmächtig. Und keine Hemmung stünde dem Ehrgeiz des kleinen Eschtriners mehr im Wege. Ungehindert könnten französische Partisanen unter den blühenden Bäumen der mitteldeutschen Landschaften von „Erfolg“ zu „Erfolg“ schreiten.

Möge Frankreich diese, stark an die wilhelminische Zeit erinnernde, Politik niemals so bereuen müssen, wie wir die einstigen Machtträume unserer Generale heute reuig büßen. So etwas wünscht man seinem schlimmsten Feinde nur ungern. Aber Frankreich ist durch unser schweres Schicksal genugsam gewarnt. Es könnte einiges gelernt haben!

Die Schicksalsstunde der Konferenz.

SPD. Berlin, 8. Mai. (Drahtbericht.)

Die Berliner Montagsblätter verkünden in fetten Ueberschriften, daß die Lage in Genua eine große Zuspitzung erfahren hat, die eine hoffnungslose Stimmung in Genua hervorgerufen haben soll. Alle Berichte stimmen darin überein, daß selbst Lloyd George einen großen Teil seines unerschütterlichen Optimismus aufgegeben hat. Die Haltung Frankreichs und Belgiens mache ihm große Sorge, und offenbar scheine er auch an eine Ablehnung des Memorandums durch Rußland zu glauben. Für den Fall, daß die Konferenz scheitert und Lloyd George nach Hause zurückkehren sollte, nimmt man an, daß er vorher die Verantwortung an dem Scheitern der Konferenz feststellen und in erster Linie Rußland und an zweiter Stelle die französische Regierung als diejenigen bezeichnen wird, die die Rettung Europas sabotiert haben. — Barthou hat zwar bei einem Essen der französischen Presse in Genua erklärt, daß ein herzliches Uebereinkommen mit England bestände, aber in der Pariser Presse scheint man anderer Meinung zu sein. Dort kommt zum Ausdruck, daß sich etwas vorbereite, das der englisch-französisch-belgischen Freundschaft einen harten Stoß, vielleicht sogar den Todesstoß versetzt. Man befürchtet, daß sich England zurückzieht und gleich Amerika sich den europäischen Verhältnissen gegenüber eine gewisse Neutralität auferlegen wird. Als letzten Hoffnungsanker sieht man in Paris im Augenblick die Vertagung der Konferenz an, wodurch manche Schwierigkeiten behoben werden könnten und in der ruhigeren Atmosphäre der Heimat ein jeder sich die Folgen des Abbruchs ruhig überlegen werde. — Von Poincaré verlautet, daß er sich nun endgültig entschlossen habe, nicht nach Genua zu reisen.

Das russische Memorandum wird wahrscheinlich noch heute, spätestens jedoch am Dienstag durch die Russen beantwortet werden. Die Forderung der Russen werde vielleicht das Schicksal der Konferenz auf des Messers Schneide stellen. Es fragt sich nur, ob die Konferenzleute noch die Nerven haben und ob vor allen Dingen Lloyd George noch soviel Geduld aufbringt, um die Konferenz zu retten. Italien ist wie seit dem ersten Tage bemüht, das Scheitern der Konferenz zu verhindern, indem es verzweifelte Anstrengungen macht, eine Einigung herbeizuführen. Der italienische Außenminister hatte bereits eine längere Auseinandersetzung mit Tschitschewin, in der er erklärt, daß in dem Memorandum für Rußland die äußerste Grenze dessen festgelegt wurde, was es zu erhoffen habe. Die Möglichkeit, von den Regierungen Bankrott für Rußland zu erreichen, schloß Schanzer von vornherein aus. Demgegenüber steht die Forderung der Russen nach einem Kredit von 3 Milliarden Goldrubel, und man weiß noch nicht, wie dieser neue Konflikt enden soll.

Die Krise.

Die Konferenz von Genua ist ein entscheidendes Stadium eingetreten. Alle Fragen, die bisher verhandelt wurden, waren aufzugeben nur Bewerf. Die Beschlüsse, die die letzte Konferenz-

von der man noch nicht weiß, ob es nicht wirklich die letzte war — gefaßt hat, sind mehr oder weniger fromme Wünsche. Gelingt es nicht, neben und hinter der Konferenz die Reparationsfrage in Verbindung mit den interalliierten Schulden zu einer vernünftigen Lösung zu bringen, dann wird die Konferenz von Genua nicht mehr sein, als die Schaustellung der Ohnmacht Europas, aus der furchtbaren Wirtschaftskrise, die der Krieg hinterlassen hat, herauszukommen.

Neben dieser kapitalen Frage spielen noch zwei andere Fragen von weittragender Bedeutung: der Wiederaufbau Rußlands und die Beteiligung Amerikas an der Lösung der Reparations- bzw. Kriegsschuldenfrage. Ueber die Wiedereingliederung Rußlands in die Weltwirtschaft sind unsere Leser informiert. Die Alliierten haben aus dem deutsch-russischen Friedensvertrag die unvermeidlichen Konsequenzen gezogen und ihnen ursprünglichen Plan, Rußland zu einer von deutschen Kulis nutzbar zu machen den Kolonie der Alliierten umzugestalten, aufgegeben. Nur Belgien machte Schwierigkeiten. Aber die Alliierten Belgiens hätte nichts verhindert. Barthou stimmte zu. Rußland aber war es abgereift, da zog sein Stellvertreter die Zustimmung Frankreichs zurück, d. h. er machte sie abhängig von der Zustimmung Belgiens. Trotzdem ist der besapourte Barthou nach Genua zurückgekehrt. Man weiß von Barthou, daß er so und auch anders kann. Ob und wie der Rußhandel schließlich zustande kommen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht feststellen. Gewiß brauchen die Russen die Hilfe der kapitalistischen Welt äußerst dringend. Sie sind mit ihrem Wirtschaftskatastrophen zu Ende. Aber sie haben auch starke Trümpe in der Hand, die die Alliierten gern in ihr Spiel gegenüber Amerika aufnehmen möchten. Und hier kommen wir zum Knotenpunkt der Konferenz.

Amerika ist das Land der Kohle und der Nahrungsmittel. Es ist außerdem ein industriell hochentwickeltes Land. Diese beiden Faktoren machen seine Stärke gegenüber dem verfallenden, erschöpften und erschöpften Europa. Als Industrieland hat es zwei ernsthafteste Konkurrenten: England und Deutschland. Als Kohle- und Lebensmittelland könnte es in Rußland einen Konkurrenten haben, wenn dieses von Deutschland und England gemeinschaftlich nutzbar gemacht würde. Rußland könnte vor allem ein Getreideausführendes Land werden, und zwar in einigen Jahren, außerdem könnte der russische Holzreichtum, besonders aber seine Petroleumquellen in Europa gegenüber Amerika wieder unabhängig machen. Und hier hat Lloyd George, dessen politisches Regieretamt unübertrieben ist, einen entscheidenden Trumpf in der Hand, sowohl gegenüber Amerika, wie gegenüber Frankreich und Belgien.

Seit einigen Jahren spielt sich zwischen zwei Petroleumtrümpfen, der amerikanischen Standard Oil und der englischen Royal Shell, ein harter Kampf um die Welt Herrschaft ab, der offenbar in ein entscheidendes Stadium getreten ist und voraussichtlich in oder unmittelbar nach Genua zum Austrag kommen wird. Die Royal Shell hat einen kleinen Vorsprung. Wird Lloyd George mit Rußland einig und bekommt er die kaukasischen Petroleumquellen in die Hand — und dies ist der große Trumpf Tschitschewins — dann kann er sowohl zu Frankreich, hauptsächlich aber zu Amerika, sagen: entweder ihr macht bei der Lösung der Reparations- und der interalliierten Kriegsschuldenfrage mit, oder ich nehme allein in Besitz von den russischen Petroleumquellen und verständig mich mit Deutschland über die Erschließung Rußlands. Die Standard Oil könnte empöden.

Man begreift also, welche Bedeutung die Lösung der russischen Frage in Genua hat und warum Lloyd George während der Abwesenheit Barthous mit Wirth und Rathenau konferierte. In Genua ist jetzt eine Krisenstunde. Wird die Konferenz gesunden oder sterben? —

Frankreich vor der Entscheidung.

SPD. Genua, 8. Mai. (Eig. Drahtber.)

Die gestrige Rede Barthous vor den französischen Pressevertretern wird nicht ganz ernst genommen und man geht über sie leichtsinnig hinweg, da das neueste französische Mandat eine Einigung mit Rußland unmöglich zu machen, nicht gelingen wird. Es ist als ein starkes Stück zu betrachten, daß eine Regierung, die die Unterzeichnung des Memorandums ablehnt, jetzt eine klare Antwort der Russen mit Ja oder Nein verlangt. Herr Barthou hat gestern großartig darauf hingewiesen, daß die Entscheidung des Fortganges oder Abbruchs der Konferenz bei den Sowjets liege. Vielleicht wird die Sache gerade umgekehrt, denn die Beschlüsse, die gewisse französische Kreise von den Russen ersehnen, werden nicht erfüllt. Tschitschewin beabsichtigt morgen (Dienstag) das Memorandum zu beantworten, und zwar so, daß zu mindest die Engländer und Italiener darin eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen sehen und die Franzosen vor die Frage gestellt werden, ob sie mitarbeiten wollen.

Diese verständliche Haltung der Russen ist zunächst auf die Einwirkung der deutschen Delegation zurückzuführen. Auch die gestrige Besprechung Lloyd Georges und Wirths galt in der Hauptsache dieser Angelegenheit. Heute morgen empfing Wirth Tschitschewin und Litwinow, um ihnen nochmals die Notwendigkeit einer Antwort klarzulegen, die den Weg zu weiteren Verhandlungen öffnet. Darauf waren Tschitschewin und Litwinow bei Lloyd George, der sie über die Situation unterrichtete und sie bei ihrer Antwort entsprechend einzuweisen. Die endgültige Entscheidung ist morgen, Dienstag, zu erwarten.

Barthou bleibt beim Ja oder nein.

Genua, 9. Mai.
Barthou versammelte gestern die Journalisten der Keinen Entente um sich und machte ihnen folgende Mitteilung:
Es kommt für die Stellungnahme der französischen Delegation nun darauf an, ob die Russen mit Ja oder Nein antworten. Danach entscheidet es sich, ob die französische Delegation über oder nicht. Wenn die anderen Mächte die Konferenz fortsetzen, so sei diese Konferenz nicht mehr die Konferenz von Genua, sondern eine Konferenz in Genua.

Die Schicksalsstunde der Konferenz.

Berlin, 9. Mai.
Der „Vorwärts“ erklärt in seinem heutigen Leitartikel unter vorstehender Überschrift u. a.: Das neue Deutschland will nicht mit England oder gar mit Rußland gegen Frankreich, sondern will mit England und Frankreich gemeinsam einen dauernden Friedenszustand schaffen. Von der weiteren Entwicklung der Dinge in Frankreich hängt es ab, ob dieser Plan, Europa vor dem Untergang zu retten, gelingt.

Eine Hungersnotanleihe für Rußland.

Genua, 9. Mai.
Die italienischen Zeitungen melden: Nach der Unterredung zwischen Lloyd George und Dr. Wirth sei der Direktor der Reichsbank aufgefordert worden, sofort einen Plan über Mittel auszuarbeiten, um die Neuauflage von Papiergeld in Deutschland zu unterbinden, sowie ferner über die Leistungsfähigkeit Deutschlands für den Wiederaufbau Rußlands, wenn man ihm dafür Mittel des internationalen Konvortiums zur Verfügung stellt. In den Unterhandlungen einiger alliierter Sachverständiger ist mit Rücksicht auf die russische Forderung nach einer sofortigen Anleihe der von englischer Seite ausgehende Gedanke aufgetaucht, daß man eine internationale Anleihe zur Bekämpfung der Hungersnot auf den Markt bringen könnte.

Cholera in Rußland.

Moskau, 6. Mai.

Nach amtlichen Berichten sind bis zum 15. April über 2000 Cholerafälle registriert worden. Als besonders gefährdet werden bezeichnet: Kajan-Ural, Sybran-Wjasma, Moskau-Kajan, sowie der gesamte Ural, Südsibirien, Sibirien und Südwesten. Die amerikanische Hilfsadministration (A.H.A.) will eine großzügige Bekämpfung der Seuchen, auch der verschiedenen Typhusepidemien und der Pocken, organisieren. Alle von der A.H.A. versorgten Personen sowie alle die es wünschen, sollen geimpft werden; insgesamt wird mit einer Impfung von acht bis zehn Millionen Personen gerechnet. In einigen besonders gefährdeten Gegenden ist mit der Durchführung des Programms bereits begonnen worden.

Für Sicherstellung der Volksernährung!

Zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion folgenden Antrag eingebracht:

a) Für das Jahr 1922/23 wird das Umlageverfahren für Brotgetreide beibehalten, wobei der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung aus der Inlandsernte in der Höhe von 4 1/2 Millionen Tonnen sicherzustellen ist.

b) Die Sicherstellung des Kartoffelbedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung erfolgt durch private rechtliche Lieferungsverträge mit Erfüllungszwang. Die Regierung hat den Abschluß solcher Verträge zwischen Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften sowie landwirtschaftlichen Verbänden und Vertretungen der Städte und großen industriellen Betrieben zu fördern und hat in allen solchen Fällen eine bevorzugte Befreiung zu garantieren. Dem jahrentlofen Ankaufen der Kartoffeln ist durch geeignete Maßnahmen entgegenzutreten. Es sind gleichzeitig Höchstpreise einseitig für das gesamte Reich auf der Grundlage der durchschnittlichen Erzeugerpreise festzusetzen. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat bei dem Reichsministerium frühzeitig auf eine ausreichende Wagenstellung für die Zeit der Kartoffelernte zu dringen.

c) Nach Aufhebung der Zwangsverwaltungsverfahren ist Zuckermangel und eine erhebliche Verteuerung des zur Verfügung stehenden Verbrauchs zuckers eingetreten. Daher ist die Zwangsverwaltung des Zuckers wieder einzuführen. Der Zuckerverbrauch ist pro Kopf und Woche ein halbes Pfund Zucker zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge pro Kopf und Woche ein Pfund. Die Preisfestsetzung für den Verbrauchszucker erfolgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Erzeugerpreise mit Zustimmung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft.

Die Reichsregierung wird ersucht, die unter a, b und c vorgeschlagenen Maßnahmen beschleunigt vorzubereiten und baldigst dem Reichstag zur Beschlußfassung zu unterbreiten.

Im Hausausfluß des Reichstages gab bei Gelegenheit der Staatsberatung seines Ministeriums, der neue Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Professor Jehr, eine zusammenhängende Darstellung seiner Aufgaben. In erster Linie müßten die zur Ernährung der Bevölkerung notwendigen Nahrungsmittel beschafft werden. Die Verhandlungen seien bereits auf dem wichtigsten Gebiete, dem mit Brot, soweit beziehen, daß sie in Kürze zum Abschluß kommen würden. Auch die Versorgung in der Übergangszeit sei sicher gestellt. Die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft müsse beträchtlich gesteigert werden und in diesem Sinne werde er das sogenannte Hilfsnetz der Landwirtschaft mit allen Mitteln unterstützen. Durch Zusammenfassung der in erster Linie von den Ländern zu leistenden Arbeiten erhofft der Minister eine bedeutende Förderung des wichtigen deutschen Wirtschaftszweiges. Ihren eigentlichen Wert erhalte die Landwirtschaft erst dadurch, daß sie ihre Produkte der Bevölkerung zu erträglichen Preisen zur Verfügung stellt.

In der Diskussion wies Abg. Frau Wurm (USP.) auf die ungeheure Steigerung der Lebensmittelpreise und auf die Drangsal des Reichslandbundes mit dem Steuer- und Zehnersteuergesetz hin, gegen den das Reichsministerium noch kein Wort gefunden habe. Gerichte Schmitz (USP.) führte die ungeheure Preissteigerung daran an, daß nicht genug dafür gesorgt wurde, die nötigen Ge-

treidemengen rechtzeitig aufzubringen. Das Ministerium sollte in erster Linie eine Reichsstelle für Ernährung sein, und nur, soweit diese Frage mit den Interessen der Landwirtschaft zusammenhänge, habe es auch deren Belange zu vertreten. Abg. Herx (USP.) hielt mit dem Abbau der Zwangswirtschaft die Aufgabe des Ministeriums für erledigt. — Nachdem Minister Jehr noch die bedeutsame Mitteilung gemacht hatte, daß die landwirtschaftliche Produktion unter Berücksichtigung der abgetretenen Gebiete den Vorkriegsstand erreichen werde, und Staatssekretär Henrici einige Zahlen über die Konfervenausfuhr bekannt gemacht hatte, setzte eine lebhafte Debatte über das Umlageverfahren ein. Von unserer Seite sprachen die Genossen Hoff und Käppler gegen den Abbau des Umlageverfahrens aus. Die Deutschnationalen und Deutschen Volksparteier ließen natürlich alle Mienen springen, um die Umlage zu beseitigen. Herr v. Schiele erklärte wieder einmal, der Minister habe gesagt, die vorjährige Umlage solle die letzte sein. Auch der Demokrat Böhm sah sich veranlaßt, die Landwirtschaft dagegen in Schutz zu nehmen, daß ausgerechnet immer ihr die Lasten auferlegt werden. Im Zentrum machten sich zwei Richtungen bemerkbar. Der Abg. Schlad wollte die alte Umlage nicht wieder auflieben lassen, forderte aber Sicherstellung des notwendigen Getreides zu angemessenen Preisen. Sein Parteifreund Blum dagegen redete von großer Unzufriedenheit und Aufregung, die sich im ganzen Lande gegen die Getreideumlage richtete und konnte sich auch nicht verkneifen, trotz der im Stenogramm vorliegenden Erklärungen des Ministers Hermes aus dem vorigen Jahre zu behaupten, der Minister habe gesagt, in diesem Jahre würden die Umlagen nicht wiederkehren. Nach Herrn Blum hat die Landwirtschaft volles Verständnis für die Not der Verbraucher, und man dürfe ihr angesichts der hohen Steuerlasten nicht noch eine Getreidebesondersteuer auferlegen. Für eine angemessene Brotreserve zu sorgen, sei die Aufgabe des Reiches. — Dienstag wird die Debatte fortgesetzt werden.

Pernt Polen um?

Breslau, 8. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die polnische Presse bespricht in ausführlicher Weise die neue Schwärzung der Außenpolitik des Ministers Sturmont, der zwecks Anerkennung der polnischen Ostgrenzen von 1920 eine offene Annäherung an die englische Politik vollzogen hat. Die sozialistischen polnischen Blätter haben in der letzten Zeit unter Führung des Krautauer „Naprzód“ die Notwendigkeit einer Abrüstung aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen stark in den Vordergrund gesetzt. Die der Großindustrie nahestehende nationaldemokratische Presse wünscht den Ausgleich mit Rußland und den Anschluß an das osteuropäische Wiederaufbauprogramm aus wirtschaftlichen Gründen. Hemmend wirken auf das Umschwenken der polnischen öffentlichen Meinung zu einer friedlicheren Politik in erster Linie die Befürchtungen vor deutscher Ungaripolitik in Osteuropa, die nach den letzten Marschritten und Zusammenstößen offensichtlich nicht etwa nur geheuchelt werden. In gleicher Richtung wirken die nervösen Befürchtungen, die die überraschende Form des deutsch-russischen Sondervertrages in der polnischen öffentlichen Meinung erregt haben. Doch spielt daneben die Furcht eine Rolle, daß ein polnisches Zusammengehen mit der englischen Politik zu einem Ausgleich ihrer Gegensätze mit Rußland auf Kosten Polens veranlassen könnte. Man traut den Russen in polnischen politischen Kreisen zu, daß sie den Versuch eines Sonderabkommens mit der Regierung Károlicy, wie ihn Radetzki schon vor der Genua-Konferenz versucht hat, jetzt in anderer Form wiederholen könnten, nachdem sie das Abkommen mit Deutschland in der Tasche haben. Eine Sicherung dagegen wird in dem Interesse Rußlands an einem wirtschaftlichen Abkommen mit den Engländern nicht gesehen, da an Stelle einer russisch-englischen Wirtschaftseinigung ebenfalls auch eine russisch-französische amerikanische Interessengruppierung treten könnte. Andererseits haben allerdings die Franzosen ihre Interessen an Polen auch wirtschaftlich durch die neuen Unternehmungsgründungen für Obereschleien wohl schon zu sehr festgelegt, um zu einer antipolnischen Politik in Osteuropa umschwenken zu können.

Ein bemerkenswertes Zeichen für die Stimmung, die gegen Deutschland in polnischen Finanz- und Handelskreisen nach dem Abschluß des Genauer Vertrages herrscht, ist die Nachricht eines kurzzeitigen Krautauer bürgerlichen Blattes, des „Kulturwonnung Kurier Cobyenn“, daß Sturmont in Genua von Rathenau der Aufhebung der immer noch bestehenden deutschen Handelsperre gegen Polen zugesagt erhalten hätte. Von deutscher Seite ist, wie das Organ der tschechischen Handelskammern, die „Ostdeutsche Wirtschaftszeitung“, feststellt, eine entsprechende Mitteilung noch nicht bekannt geworden. Tatsächlich liegt die Aufhebung der deutschen Ausfuhrperre mindestens so sehr im deutschen wie im polnischen Interesse. Die Hauptnutznießer der Sperre sind Danziger Säure- und Zellulosefabriken. Eine Reihe von immerhin bemerkenswerten Industrieunternehmungen der letzten Zeit in Westfalen wäre nach sachkundigem Urteil deutscher schlesischer Unternehmern freier faam vorgenommen worden, wenn die andauernde deutsche Handelsperre in Verbindung mit der Hebung der tschechischen Beizta für die polnische Industrie nicht wie ein Schutzzoll wirken würde.

Dollar wieder über 300.

Berlin, 3. Mai.

In dem Maße, wie die Ausflüchte für eine gedeihliche Weiterführung der Konferenz von Genua sich verringern, hat sich auch die Bewertung der deutschen Mark an den internationalen Börsen wieder verschlechtert. So wurde von der New Yorker Sonnabend-Börse bereits ein merklicher Rückgang der deutschen Mark gemeldet. Dementsprechend zeigte sich heute in Berlin eine sehr starke Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 302 gehandelt. Im Effektenmarkt machte sich eine etwas freundlichere Beurteilung der Lage geltend, doch blieb das Geschäft noch immer sehr gering. Am Devisenmarkt bei Feststellung der amtlichen Kurse lebte Abwärtigung. Kabel New-York 297,50, London 1331, Holland 11,550.

Ein Gesetz zur Bänderung der Pressenot.

Berlin, 9. Mai.

Ein Regierungsentwurf zur Bänderung der Not der Zeitungen steht im Reichswirtschaftsministerium vor seiner Abschluß. Der Entwurf wird in nächster Zeit dem Reichskabinett zur Beschlußfassung vorgelegt und dann dem Reichstag und dem Reichstag vorgelegt werden.

Enorme Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten hat sich im April weiter fortgesetzt. Die vom Statistischen Reichsamt auf Grund der Erhebungen über den Aufwand für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung einer fünf-

köpfigen Familie berechnete Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im April auf 3175 (sonach fast das Doppelte gegenüber 1913/14) gestiegen. Der Vergleich mit dem Vormonat ist diesmal nicht ohne weiteres gegeben, da nach den Beschläßen der statistischen Komter wesentliche Änderungen in der Berechnungsweise der Teuerungszahlen für Monat April eintreten mußten, die auch eine Neuberechnung der Grundzahlen für 1913/14 nötig machten. Berechnet man die Märzindexziffer nach der neuen Methode, so beträgt sie 2630 (gegenüber 2302 nach der alten Methode). Die Steigerung der Lebenshaltungskosten beträgt also von März auf April 20,3 Proz.

Wenig stärker als die Gesamtausgaben sind die Ernährungskosten gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten beträgt im Durchschnitt des Monats April 4356. Legt man auch hier für März die neuen Berechnungsvorschriften zugrunde, so ergibt sich für diesen Monat eine Ernährungsindexziffer von 3602 (gegenüber der alten von 3152). Die Kosten für die Ernährung sind sonach im Reichsdurchschnitt von März auf April um 20,9 Proz. gestiegen.

Zu der Erhöhung der Lebenshaltungskosten haben mehr oder minder fast alle Lebensmittel beigetragen. Nur Eier und Spinat sind, der Jahreszeit entsprechend, überall etwas billiger geworden. Hier und dort zeigt sich auch ein geringes Nachlassen der Preise für Fette (Butter und Margarine) und Fische, ohne jedoch die Gesamtsteigerung der Aufwärtsbewegung auch dieser Lebensmittelpreise wesentlich zu beeinflussen. Rindfleisch und Schweinefleisch sind im ganzen um mehr als 25 Proz. gegen den Vormonat gestiegen, auch Kartoffeln haben weiter im Preise angezogen. Sehr bedeutend ist die Erhöhung der Preise für Brennstoffe, nicht nur für Kohlen und Braunkohle, sondern auch für Holz und Torf. Dagegen sind die Gas- und Elektrizitätspreise ziemlich die gleichen geblieben. Wesentlich trug auch die Erhöhung der Zuschläge zu den Wohnungsmieten zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten bei.

Im großen und ganzen zeigt diesmal die Teuerung in größeren Städten einen stärkeren Steigerungsgrad als in den kleineren.

Bergarbeiterstreiks.

Bochum, 8. Mai.

Auf mehreren Schachtanlagen des Ruhrreviers ist es zu Streiks gekommen. Die Bewegung nahm ihren Ausgang auf der Zeche Dorfeld I, 4. In einem Anschlag wurde zur Teilnahme an der Meißelung aufgefordert, was dem Obersteiger nicht gefiel, der Luft zeigte, den Anschlag abzuwehren. Der Betriebsrats-Obmann wehrte sich dagegen und soll den Obersteiger beleidigt haben, was jedoch von einer ganzen Anzahl Zeugen bestritten wird. Die Entlassung des Betriebs-Obmannes wurde mit dem Streik der Belegschaft beantwortet, dem sich mehrere andere Schachtanlagen anschlossen. Auf einigen Zechen haben sich bedauerliche Zwischenfälle ereignet, die von der Organisationsleitung mißbilligt werden.

Mit der Streiklage beschäftigte sich heute der Vorstand des Bergarbeiterverbandes Deutschlands unter Teilnahme der Bezirksleiter des Ruhrreviers. Der Vorstand hat folgende Stellung eingenommen:

Die Arbeitsverhältnisse in den Bezirken Dortmund und Gelsenkirchen werden, soweit sie der Organisationsleitung bisher gemeldet sind, von der Organisation anerkannt. Für Mittwoch, den 10. Mai sind vom Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zwischen den vier Bergarbeiterorganisationen und dem Zechenverband angelehrt. Von der gemeindefachlichen Disziplin der Belegschaften wird erwartet, daß sie ohne Zustimmung der Verbandsleitung keine weiteren Arbeitseinstellungen vornehmen, sondern das Ergebnis der angelegten Verhandlungen abwarten. Eine für Donnerstag durch besondere Einladung einberufene Konferenz des Bergarbeiterverbandes wird die dann notwendigen Beschlüsse fassen.

Dressfest in München.

München, 6. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Die Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse ist heute morgen mit einer Ansprache des bayrischen Ministerpräsidenten eröffnet worden. Die Verhandlungen trafen vertraulichen Charakter, doch kann so viel gesagt werden, daß innerhalb der Eisenbahnergewerkschaft, deren Führer die Parteiführung an Sprechen in München verhinderte, auch nicht stärkere Kampfwerte gegen die Arbeitgeber gefallen sind, wie hier gerade von deutschen nationalen Schriftleitern. Es ist nur zu wünschen, daß der gewerkschaftliche Gedanke in diese Röhre durch die eiserne Notwendigkeit des eigenen Kampfes weiter hineingehämmert wird. München erstirbt im übrigen in Eryrucht vor der Großmacht der Presse. Alle Register der Fremdenstadt sind gezogen worden, um einen guten Eindruck zu machen und München und Bayern als die Stadt des sittlichen Aufstiegs erscheinen zu lassen: Gewerkschaft, Passionsspiele von Oberammergau, Nationaltheater und Empfang beim Ministerpräsidenten.

Der Reichspräsident sandte ein Begrüßungstelegramm, das an die deutsche Presse als wichtigen Faktor unseres öffentlichen Lebens appelliert, auch weiterhin für die Lösung der uns so schwer bedrückenden wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten und für den Wiederaufbau ihre besten Kräfte einzusetzen.

Der süddeutsche Metallarbeiterstreik.

Der Kampf der Metallarbeiter Süddeutschlands beschäftigte am 7. Mai den erweiterten Beirat des Metallarbeiterverbandes in einer Sitzung, die in Berlin stattfand. Einstimmige Annahme fand folgende Entschlieung:

„Der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiterverbandes stimmt den Maßnahmen durchaus zu, die der Vorstand mit den Verbandsfunktionären und Vertretern der Streikenden im Kampf der süddeutschen Metallarbeiter beschloffen hat und versichert den Kämpfenden erneut seine volle Solidarität und nachdrücklichste Unterstützung.“

Anerkennend den Beschluß des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der in seiner finanziellen Unterstützung der Streikenden neben der durch die Mittel des D. M. B. gesicherten statutarischen Streikunterstützung einen besonderen Zuschuß gewährleistet, legt der erweiterte Beirat als selbstverständliches voraus, daß sämtliche Verbandsmitglieder im Reich den vom Vorstand ausgeschriebenen Extrabeitrag reiflos entrichten, wie darüber hinaus in solidarischer Handlung alles Notwendige tun, um den Kampf der süddeutschen Metallarbeiter einen erfolgreichen Abschluß zu sichern.

Alle zu Durchführung und Unterstützung des Kampfes notwendigen Maßnahmen sind durchzuführen nach den Anweisungen der Zentralfunktionäre, des Vorstandes des D. M. B. und der Verbandsfunktionäre im Lande.

Ein Patriotenpiegel.

Ein Volksparteiler über die Steuerfreudigkeit der Besessenen.

Es ist nun schon ein recht abgeleiartes Vieh und dennoch wird es immer wieder gefungen — die Erzählung von der Schuld der deutschen Arbeiter am Finanzelend des Reiches. Wenn die Unternehmer unter sich sind, dann kann man mitunter Meinungen hören, die etwas anders lauten und dabei den Vorzug der Ehrlichkeit für sich haben. So hat kürzlich auf der Tagung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller der Deutsch-volksparteiler Dr. Becker über „Unsere Steuerpolitik“ einen Vortrag gehalten. In dem Bericht der „National-liberalen Korrespondenz“ heißt es dazu:

Nach einleitenden allgemeinen Betrachtungen über die Zusammenhänge zwischen Steuern und Wirtschaft führte Redner zunächst zu der Frage, ob während des Krieges, der die deutschen Finanzen zerrütet hat, steuerlich mehr hätte geschehen können, bemerkenswerte Momente an, insbesondere den bis zur Revolution unüberwindlichen Widerstand der Bundesstaaten, die sich ihre Landessteuern keinesfalls hätten nehmen lassen, und die Gefahr, daß bei der mangelnden Steuerfreudigkeit des deutschen Volkes, wenn ihm ähnliche Abgaben zugemutet worden wären wie in England, der Zusammenbruch noch schneller eingetreten wäre.

Das ist ja die gleiche Feststellung, wie wir sie immer gemacht haben! Unter dem während des Krieges steuerfaulen deutschen Volk meint Herr Becker seine eigenen Parteigenossen und Wähler. Denn sie waren es, die während des Krieges alle sozialdemokratischen Versuche, auch nur die Kriegsgewinne zu versteuern, energig verhindert.

Aus diesem Grunde verdient Beckers Bekenntnis zu früheren Sünden alle Aufmerksamkeit. Wir werden es uns merken.

Immer gemüthlich!

Der „Vorwärts“ schreibt:

Bei der Hege der Kommunisten gegen die Genossen Severing und Richter ist nichts so widerwärtig wie die Heuchelei. Dieselben Führer, die mit Kraftworten von Bluthund und „Mordbestien“ den Beifall eines ahnungslosen Versammlungspublikums zu erlangen trachten, wissen sehr wohl, wenn sie Anliegen haben, den Weg zu unserer Genossen zu finden, um dann im gemüthlichen Ton der alten Kameradschaft ihre Wünsche vorzutragen.

Befonders bezeichnend ist folgender Vorfall: Am Tage des Proteststreiks der Gemeinbedarbeiter erschien eine kommunistische Deputation aus mehreren Betrieben beim Genossen Richter, um eine Entschlieung zu überreichen. Der noch ziemlich jugendliche Anführer der Deputation hielt eine schwungvolle Rede, in der er betonte, daß „Tausende und aber Tausende von Arbeitern“ hinter der Entschlieung ständen und ihre sofortige Durchführung verlangten.

Genosse Richter ließ sich die Entschlieung überreichen und gab sie nach einem flüchtigen Blick auf das Papier dem Sprecher zurück mit dem Bemerkten, daß er sich wohl in der Stelle geirrt habe, an die er sich mit dem Anliegen wende. Der Führer der Deputation verneinte dies. Man habe sich mit voller Absicht an den Polizeipräsidenten gemandt. Darauf machte Genosse Richter den jungen Mann darauf aufmerksam, daß der erste Punkt der überreichten Forderungen lautete: „Absetzung des Polizeipräsidenten“ und daß man mit solcher Forderung sich doch unmöglich an ihn selber wenden könne. Darauf meinte der Sprecher in aller Gemüthsruhe: „Na, dann streichen wir eben diesen Punkt.“ Jcg einen Bleistift aus der Tasche und strich kaltblütig die Forderung aus, hinter der „Tausende und aber Tausende von Arbeitern“ stehen sollten.

Nehmen diese Leute nun sich selber ernst?

„Unter dem Einfluß des Umsturzes“.

In der „Deutschen Zeitung“ beweist wieder einmal ein alter Gamalschinken, der Oberst a. D. J. manuel, daß wir im Herbst 1918 noch sehr schön hätten siegen können, wenn wir nur den Glauben an den Sieg gehabt hätten. Aber der habe gefehlt, was Oberst Jmanuel auf folgendes zurückführt:

Wir unterlagen, weil wir die Ueberzeugung durch den Einfluß des Umsturzes gewonnen hatten, überhaupt schleunigst Schluß machen zu müssen, koste es, was es wolle.

Durch den Einfluß des Umsturzes — weil meint der Herr Oberst? Die Ueberzeugung, daß schleunigst Schluß gemacht werden müsse, koste es, was es wolle, ist bekanntlich von Hindenburg und Ludendorff ausgegangen, die ihren Telegrammen vom 30. September bis 3. Oktober 1918 (sie sind gesammelt in der Schrift „Der Sieg war zum Greifen nahe“) die Regierung bestürmten, sofort einen Waffenstillstand mit dem Gegner abzuschließen, unter dem wiederholten dringenden Hinweis, daß die Armee keine 48 Stunden mehr warten könnte. Von diesen Angstschreien der Obersten Heeresleitung ist der völlige Zusammenbruch der Stimmung, der Verlust jeden Glaubens an einen noch möglichen Erfolg der deutschen Waffen ausgegangen. Mit dem „Einfluß des Umsturzes“ können also nur Hindenburg und Ludendorff gemeint sein.

Ein Gastspiel Knüppel-Rumes.

SPD. Dresden, 6. Mai. (Drahtbericht.)

Die Deutsch-soziale Partei, die in Dresden besteht, aber keine Gruppen hat, wollte am Freitag abend den Helden Runge in einer öffentlichen Versammlung sprechen lassen. Trotz aller möglichen Vorbereitungen, sogar durch Ausbietung von Saugmannschaften, gelang es Runge jedoch nicht, seinen Vortrag über das Thema „Sollen wir verhungern?“ zu halten. Die Dresdner Arbeiterkammer hatte sich vorgenommen, Knüppelrunge einfach abzuschütteln. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Schlichtungsmäßiger Antrag, Runge Reserat wegen seines unheimlichen und seiner Seiten von der Tagesordnung abzulegen,

angenommen. Als Runge trotzdem zu sprechen versuchte, wurde er gezwungen, abzutreten. Von den deutschnationalen Jünglingen, die angeht der Sachlage es vorgezogen, ihre Hakenkreuze und schwarz-weiß-roten Bänder abzulegen, wurden einige festgestellt, die unter ihren Röcken an Lederriemen Dolchmesser und Gummiknüttel bei sich trugen, die ihnen abgenommen wurden. Weiter wurden zwei Personen, die am Eingang zum Versammlungsort mit Gummiknütteln, Seitengewehren um sich aufgestellt hatten, zur Wache gebracht. Ein neues Bureau, bestehend aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten bildete sich, das dann die Versammlung fortführte. Knüppelrunge und seine Anhänger mußten, da sie aus der Masse nicht heraus konnten, bis zum Schluß der Versammlung beimohnen. Gegen die festgestellten und die noch festzustellenden Waffenträger soll eingeschritten werden. Ein größeres Polizeiaufgebot, das wegen der zu erwartenden Zusammenstöße oder Beschädigungen des Saalinventars eingesetzt war, brauchte nicht einzugreifen, da die Versammlung ein ruhiges Ende nahm.

Still gestanden!

Im „Militärwochenblatt“ jammert ein Offizier:

Wie aber sollen wir reden? Nur schlichte Worte werden verstanden. Fast scheint es, als wüßte man im Volke nicht mehr, was der Griff „Gewehr über!“ was „Still gestanden!“ bedeutet.

Leider! Große Teile des Volkes haben es wirklich vergessen. Sonst wäre es unbegreiflich, daß sie der verflümmten Wiedergabe des geisttötenden Drills, daß sie dem Spielpunkt der herrschenden Dresseur, dem Parademarsch im Fridericus-Reg-Film zubelken. Wer selbst einmal in der alten Armee mit Schimpfworten und Mißhandlungen zu diesen Dingen abgerichtet worden ist und noch etwas Erinnerung daran behalten hat, dem muß dieser Jubel wie ein Hohn auf seine tiefste Entwürdigung klingen.

Die Katastrophe an der Marne.

Der Kronprinz gegen General v. Moltke und Wilhelm II.

V. Im September 1914 erlitt das deutsche Heer die schwere Niederlage an der Marne, die den Schlieffenschen Plan vernichtete und damit den unglücklichen Ausgang des Krieges vorausbestimmte. Der Heimat blieb damals die Wahrheit verborgen, selbst einem vertraulichen Kreis von ausgesiebten Journalisten erklärte der damalige Vertreter der D.H.L. in Berlin mit lächelndem Munde, es sei gar nichts Ernstes passiert. Jetzt veröffentlicht der „Tag“ weitere Auszüge aus dem Buch des Kronprinzen, worin einiges von der Wahrheit erzählt wird.

Es wird ausgesprochen, daß die Entscheidung an der Marne — vier Jahre vor dem sagenhaften „Dolchstoß“ — tatsächlich den Krieg entschied. Das Unglück dieser Entscheidung wird unter lebhafter Selbstverteidigung in erster Linie auf den damaligen Chef des Generalstabes, den General v. Moltke, zurückgeführt, der „kein Führer“ gewesen sei. Moltke habe seine Unzulänglichkeit selber erkannt und Wilhelm II. gebeten, von seiner Ernennung abzusehen, der damalige Kaiser habe aber auf ihr bestanden.

Damit beschuldigt der Sohn den Vater, dem deutschen Volk einen untauglichen militärischen Führer aufgezogen und damit den Verlust des Krieges herbeigeführt zu haben!

Der Kronprinz erzählt, unter Moltke sei an der Marne ein vollkommener Zerfall der einheitlichen Führung eingetreten. Zwischen den Armeekorpskommandanten bestand keine Verbindung, die tatsächliche Lage wurde verkannt und schließlich sei ein Betrauer Moltkes, Oberstleutnant Hentrich, gewesen, der auf eigene Faust sein Wort für den Rückzug entscheidend in die Waagschale warf. Der Verfasser sagt dann wörtlich weiter:

Mit dem Rückzuge von der Marne war der große Schlieffenschen Plan zusammengebrochen. Die rasche Niederwerfung Frankreichs war die Voraussetzung. Unversehrt wird mir der erschütternde Eindruck bleiben, den ich empfing, als am 11. September, vormittags, plötzlich General v. Moltke mit Oberstleutnant Tappen in meinem Hauptquartier in Bazennes an Arronnes erschien — ein gebrochener Mann, der buchstäblich mit Tränen kämpfte. Nach seinem Eindruck war das ganze Heer gescheitlagen und flutete fast unaufhaltsam zurück. Er legte dar, er wisse noch nicht, wo dieser Rückzug zum Stehen kommen würde. Wie er zu dieser Auffassung gelangt sein mochte, blieb uns damals unverständlich.

Nach der Meinung des Kronprinzen hielten wir — damals — „den Sieg in der Hand“, aber die Schlacht ging verloren, „weil die Oberste Heeresleitung sie verloren gab.“ War das „Dolchstoß“?

Deutschland kämpfte gegen die ganze Welt. Seine politische Führung war unzulänglich, wie von keiner Seite bestritten wird. Während das Volk blutete, lagen die Großen einander in den Haaren. Und jetzt erklärt der älteste Sohn des Kaisers, daß auch die militärische Führung im entscheidenden Stadium des Krieges vollständig versagte.

Und doch soll es, so sagen jetzt die Herren, das gemeine Volk gewesen sein, das den berühmten „Dolchstoß“ führte und das Unglück verursachte, an dem es selber am schwersten leidet?

Sozialistische Schundliteratur.

Von Dr. Werner Peifer.

S. A. K. Gibt es so etwas überhaupt? Oder ist es Kehelei, falls es ähnliches gibt, davon zu sprechen? Lohnt es sich, in einer Zeit, in der die politischen Probleme einander jagen, über ein Thema zu sprechen, das der Kunst, jener von uns stiefmütterlich behandelten Kunst, angehört? Und endlich: wenn wir wirklich das Vorhandensein sozialistischer Schundliteratur annehmen, hat der Arbeiter nicht größere Sorgen, hat er nicht in erster Linie die Pflicht, die Seimen vor Hunger und Not zu schützen, nicht aber vor literarischen Minderwertigkeiten? — Eine Fülle von Fragen türmt auf uns ein, wenn wir uns auch nur in die Nähe des hier ungedeuteten Themas begeben. Und doch wird es näherade Pflicht, Stellung zu Problemen zu nehmen, die innerhalb des Komplexes der sozialistischen Ideewelt liegen; denn

der Sozialismus, der sich darauf beschränken wollte, nur wirtschaftliche Fragen zu erörtern, gäbe sich selbst preis. Sozialismus ist Weltanschauung — so wurde stolz verkündet, unsere Aufgabe ist es, diesem Weltbild trübende Elemente fernzuhalten.

Was ist unter sozialistischer Literatur zu verstehen? Sie ist — so definiert man wohl am besten — derjenige Zweig des literarischen Gesamtstammes, der auf dem Boden des Klassenkampfes erwachsen ist, an den Gegenständen der Klassen sich selbst nährt und die auf wirtschaftlichem und politischem Wege zu erzielende Ueberwindung der bürgerlichen Klassengesellschaft nach besten Kräften unterstützt. Das ist der Maßstab, an dem sozialistische Literatur zu messen ist. Aus diesem Boden sind alle Werke entstanden, die wahrhaft auf den Namen proletarischer Schöpfung einen Anspruch erheben dürfen. Erinnert sei hier nur an Andersen Nergö's herrliches Buch „Pelle der Eroberer“, an Karl Bröger, Max Bartels und ähnliche Dichter aus der jungsozialistischen Bewegung.

Welche Wege aber wandelt der Durchschnitt der Literatur, die gleichfalls den Anspruch auf den Namen sozialistischer Literatur zu erheben mag? Sie bewegt sich — in einem Kernfehler in den Vordergrund zu rücken — in dem üblen Rahmen der Elisees. Das Motiv ist immer das Gleiche: das arme Mädchen, das durch den Kapitalisten verführt und in den Tod getrieben wird (das eine Mal erschließt es sich, das andere Mal zieht es den Tod durch Ertrinken vor). Man verstehe mich nicht falsch: Es soll nicht der ethische Gedanke, der diesem Elisee zugrunde liegt, verkannt werden. Es soll auch keinesfalls bestritten werden, daß derartige Fälle im Leben vorkommen. Im Gegenteil: die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft zeitigt Formen sexueller Föhrigkeit von viel grauenhafteren Ausmaßen, als selbst die realistischste Dichtung sie zu umreißen vermag. Das aber bedingt nicht die Notwendigkeit, in kitschiger Form Sujets zu schaffen, die der Naturalismus Gerhart Hauptmannscher Schule weit einprägsamer und gewaltiger geschaffen hat. Die Auffassung ist grundverkehrt, daß die Darstellung kitschiger Gesichtspunkte mit romantischem Einschlag aus gegenwärtigen Gesellschaftszuständen auch nur das dürrigste Abbild des gigantischen Ringens gewährt, in dem sich das Proletariat in immerwährendem Klassenkampf seinen Unterdrückern gegenüber befindet. Nicht mit Unrecht erheben sich von Zeit zu Zeit aus dem sozialistischen Lager Stimmen dorer, die vor einem Zerfall proletarischer Schichten ins Kleinbürgertum warnen. Nichts anderes aber bedeutet jene Spekulation auf die Tränenröhen braver Kleinbürgerfrauen, die in der hier geschilderten Art novellistischer Schriftstellerei ihren höchst widerlichen Ausdruck finden.

Man könnte gegen die hier gemachten Ausführungen den Einwand erheben, daß sie rein negativen und deshalb unproduktiven Charakter tragen, weil sie lediglich kritischen Inhalts sind. Jedoch entbehrt dieser Einwand der Berechtigung. Literarische Probleme lassen sich nicht in Form positiver Vorschläge bestimmter Gestaltung entgegenführen. Sie müssen aus der Masse heraus entstehen, wenn sie Lust und Leid der Masse verkörpern wollen. Gerhart Hauptmanns Drama, Bertels Gedichte usw., sie entspringen jener wurzelhaften Einstellung auf die Psyche des Volkes, so daß sie nie als Fremdkörper im Volksgange wirken können.

Ein weiterer Einwand könnte sich darauf erstrecken, daß hier lediglich Beispiele allgemeiner Natur zitiert wurden, ohne daß Namen genannt sind; parteigenössische Rücksichtnahme aber verpflichtet, manches zu verschweigen, was besser vielleicht gesagt wäre. Die Leser unserer Parteipresse, die den Unterhaltungsteil ihres Blattes mit dem geschulten Blick des Arbeiters lesen, dem der Kampf ums Dasein kritische Verständnis gewährt hat, auch ohne daß eine vollendete literaturhistorische Ausbildung voranging, werden wissen, was ich meine. Wenn es gelingt, alle diejenigen, die die gleichen Mängel in gleicher Weise empfinden, zu gemeinsamer Abwehr zusammenzufassen, so bedeutet die Ausmerzung eines Uebels die Befreiung einer Gefahr, die nachgerade den kulturfördernden Charakter des Sozialismus zu schädigen geeignet ist. Lassen wir die Kräfte ruhig wachsen, die von selbst aus der Masse des Volkes hervorsteigen, lassen wir Dichtung das werden, was sie nach einer schönen Definition von Otto Julius Bierbaum immer noch sein sollte: die Verkörperung der Welt durch das Ich eines Ergriffenen. Und das gilt nicht nur für die Lyrik.

Devisen-Kurse.

Berlin, 9. Mai.

— Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		8. Mai.	6. Mai.
Amsterdam	100 fl.	11585.55	11111.05
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2476.90	2436.95
Kristiania	100 Kr.	5642.90	5408.20
Kopenhagen	100 Kr.	6401.95	6167.25
Stockholm	100 Kr.	7715.80	7470.65
Helsingfors	100 finn. Mk.	642.15	609.20
Rom	100 Lire	1578.—	1560.50
London	1 £	1829.30	1290.85
New York	1 Doll.	297.12	290.18
Paris	100 Frs.	2691.60	2671.65
Zürich	100 Frs.	5717.80	5632.95
Madrid	100 Pesetas	4599.20	4519.80
Wien	100 K.	3.58	3.58
Budapest	100 K.	38.15	37.35
Prag	100 K.	578.75	554.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit, Tage Std.

Angelommen am 8. Mai.			
E. Utonia	Damveden	Kopenhagen	2
Angelommen am 9. Mai.			
D. Elfa	Carlsson	Narw	16
D. Bernem	Höller	Malmö	67
D. Regier	Holmberg	Helsingfors	7
D. Sharaas	Nab	Narwik	16
D. Habicht	Sandersen	Danwig	
D. Kaleva	Rosenblot	Raumo	3 1/2

Berantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Seber; für Freistaat Lübeck und Freistaat Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inhaber Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Wegner & Co. Schmidt in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 9. Mai.

Fahrpreiserhöhung bei der Lübecker Straßenbahn.

Die Betriebsbehörde der Lübecker Straßenbahn veröffentlicht heute im Inseratenteil die neuen Fahrpreise. Der Mindestfahrpreis steigt von 1,50 Mk. auf 2 Mk. Die Zoneneinteilung ist neu geregelt worden. Für einige Zonen tritt gegenüber früher eine starke Fahrpreiserhöhung ein, während andere davon verschont bleiben. Diese neuen Erhöhungen, die die Fahrgäste zweifellos erheblich belasten, sind auf die allgemeine Steigerung der Betriebskosten, insbesondere aber auf die hohen Kohlen- und Materialpreise zurückzuführen. Der Verkehrsarschuh hat sich am letzten Donnerstag mit diesem von der Betriebsbehörde vorgelegten neuen Tarif eingehend beschäftigt und ihm zugestimmt. Mit Ausnahme des kommunikativen Vertreters stimmten alle Ausschussmitglieder dafür. Der Tarif wurde vorher gemeinsam von der Betriebsbehörde und dem Verkehrsarschuh ausgearbeitet und einstimmig von letzterem angenommen. Nachdem der Senat und die Finanzbehörde ebenfalls ihre Zustimmung gegeben haben, tritt der Tarif nunmehr in Kraft.

Es ist keineswegs zu verkennen, daß die erhöhten Preise viele schwer belasten, obgleich im Vergleich zu anderen Städten Lübeck noch verhältnismäßig niedrige Fahrpreise hat. Daß die gewaltig gestiegenen Kohlenpreise den Betrieb stark verteuern, wird jedem einleuchten. Aber auch die Materialpreise sind kolossal in die Höhe geschossen. Ein Wagen, der vor dem Kriege 10 800 Mark kostete, ist jetzt nicht unter 1 Million zu haben.

Es muß bei der Straßenbahn der Grundsatz maßgebend sein, daß der Betrieb zwar keine Überschüsse erzielt, aber sich doch selbst erhalten soll. Das letzte Geschäftsjahr weist einen Gebühretbetrag von 1 345 000 Mk. auf. Daraus hat die Verwaltung der Straßenbahn sofort den für das neue Geschäftsjahr aufgestellten Haushaltsplan neu berechnet und hierbei die durch die letzten Lohn- und Gehaltserhöhungen, sowie die weitere Steigerung der Materialpreise inzwischen eingetretene Mehrausgabe in den Betriebskosten, unter Berücksichtigung der durch die abgeänderte Linienführung entstehenden Ervarnis, mit eingerechnet. Es entfällt hierbei ein Gebühretbetrag von 7 800 000 Mk., für den keine Deckung vorhanden ist. Zur Herbeiführung einer entsprechenden Vermehrung der Einnahme ist deshalb eine Erhöhung des gegenwärtigen Fahrpreistarifes nicht zu umgehen, da unter den bisherigen Verhältnissen täglich ein Verlust von rund 25 000 Mark notwendig würde. Diese Zahlen zeigen, daß um eine Fahrpreiserhöhung nicht herumzukommen ist.

Besonders bemerkenswert in der neuen Preissetzung ist die Aufnahmefähigkeit des Preises für drei und vier Zonen, wodurch verschiedene Nutzenkredite, z. B. Moising und Schwartau ein besonderes Entgegenkommen gezeigt wird. Die Schülerfahrkarte ist eine neue, wie bisher, durch eine ganz mäßige Erhöhung auf 1 Mk. weit unter Selbstkosten, gelassen worden. Bei dem Umbau des Planes ist bemerkenswert, daß die ganz großen Strecken von neun und mehr Zonen zulastet geworden sind.

Die Kommunisten, die bekanntlich keine Verantwortung brüht, machen sich auch in diesem Falle die Sache leicht. Sie berichten bereits in der „Röhrer Volksmacht“ über die interne Ausschusssitzung und schimpfen über die Fahrpreiserhöhung. Der Bericht ist völlig einseitig abgefaßt und gibt kein objektives Bild von den Verhandlungen. Der Antrag des Genossen Steinberg über die Fahrpreiserhöhung für Jugendliche wird gar nicht erwähnt. Aber auch über die kommunikativen Anträge wird falsch berichtet. So wird behauptet, daß über den Antrag Kian, der die Benutzung von Schülerfahrkarten für Erwerbslose fordert, überhaupt nicht abgestimmt sei. Tatsächlich hatte Kian diesen Antrag zurückgezogen, nachdem ihm gesagt wurde, daß es richtiger sei, denselben beim Arbeitsamt zu stellen. Die Schimpfereien in dem kommunikativen Organ gegen die Sozialdemokratie und gegen die übrigen Ausschusssmitglieder richten sich also von selbst. Bei den Moskajüngern soll aber der Zweck die Mittel heiligen. Mit Entstellungen und Verdrehungen arbeiten sie ja mit Vorliebe.

In die Vorstände der Arbeiter-Jugend. Die Teilnehmerlisten zum Jugendtag müssen spätestens bis zum 20. Mai beim unterzeichneten Ausschuss eingekandt werden. Bemerkte sei noch, daß diese auch enthalten müssen, wieviel Jungen und wieviel Mädels mit erwarren dürfen.
Der Quartierausschuss. J. A. Holmi Beeke, Rostod, Rofernenstr. 51.

Wandersmann, spiel nicht mit dem Feuer! Es ist durchaus zu begrüßen, wenn der Brand, in freien Stunden sommerlicher Tage in gesunder frischer Landluft körperliche und geistige Erfrischung zu suchen, besonders unter der Großstadtyugend immer mehr Anhänger findet. Auf dem Lande aber erregen die unter Sang und Klang vorbeiziehenden Wanderscharen keine reine Freude. Die Papierreste, die an ihren Krüstküsstätten liegen bleiben, verschönern nicht gerade das Landschaftsbild, bilden aber keinen Grund, weshalb man ihrem Kommen mit einiger Unruhe entgegensteht. Es ist die Anstiche des Abklorens und Rauchens in Wald, Moor und Heide, die man auf dem Lande fürchtet. Alle Ausflügler sollten sich immer vor Augen halten, wie gefährlich das leichtsinnige Spielen mit dem Feuer ist. Jeder Wanderer mag auch bedenken, eine wie große Verantwortung er auf sich ladet, wenn er ein Brandunheil anrichtet, und welche Folgen ihn persönlich auch gar zu leicht dadurch treffen. Es ist Pflicht der Eltern, ihre Kinder, sobald sie hinausziehen in die freie Natur, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen, ebenso wie es Aufgabe aller älteren und einsichtigen Wanderer ist, die jungen und unbefonnenen von jedem unvorsichtigen und leichtsinnigen Umgang mit dem Feuer in der sommerlichen Natur fernzuhalten. Die Behörden werden gerade in diesem Frühjahr darüber zu wachen haben, daß ihre Maßnahmen zur Verhütung von Plurbränden auf das peinlichste beachtet werden.

Defensivimpfungen für die Stadt und Vorstädte finden statt: 1. für das Johannisquartier, Marienquartier, Vorstadt St. Jürgen, Brandenbaum, Hohewarte: Domkirchhof Nr. 5 (Turnhalle der Domkirche). Impfarzt Dr. F. Eichenburg. 2. für das Marien-Magdalenenquartier, Jakobquartier, Vorstadt St. Gertrud: Hinter der Burg Nr. 6 (Turnhalle der Burgschule). Impfarzt Dr. Feldmann. 3. für die Vorstadt St. Lorenz nordöstlich der Haarenburger Allee und deren gerade Nummern: Schwartauer Allee Nr. 44 (Turnhalle der Rejers. Schule). Impfarzt Dr. F. Christoph. 4. für die Vorstadt St. Lorenz südwestlich der Haarenburger Allee und deren ungerade Nummern: Kirchenstraße Nr. 5 (Turnhalle der I. St. Lorenzschule). Impfarzt Dr. Stoffer. In allen 4 Quartieren ist die Erstimpfung nachmittags 2½ Uhr an folgenden Mittwochen: 10. und 24. Mai, 7. und 21. Juni und 5. Juli. Nachschau: jedesmal am folgenden Mittwoch. Wiederimpfung an Sonnabenden: a) für Mädchen: 13. Mai und 10. Juni, b) für Knaben: 27. Mai und 24. Juni, c) dem 8. Juli für Mädchen und Knaben. Nachschau: jedesmal am folgenden Sonnabend. — Für Traveseelande, Rüditz, Schlutup, Israelsdorf, Moising und den ganzen lübischen Landbezirk werden Zeit und Impfstätte in ortsüblicher Weise bekannt gegeben. Der Impfung sind zu unterziehen: a) alle im Jahre 1921 geborenen Kinder, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse die natürlichen Blattern überstanden haben, oder bereits mit Erfolg geimpft sind; b) alle im Jahre 1910 geborenen Zöglinge einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule, mit Ausnahme der Sonntags- und Abendhulen, sofern sie nicht nach ärztlichem Zeugnisse in den letzten 5 Jahren die natürlichen Blattern überstanden haben, oder mit Erfolg geimpft worden sind; c) alle Kinder, welche in den Jahren 1920 und 1921 impffähig waren und bei welchen die vorgenommene Impfung nach Urteil des Arztes erfolglos geblieben ist; d) alle impffähigen Kinder, die auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses von der Impfung vorläufig befreit gewesen sind, wenn der Grund dieser vorläufigen Befreiung weggefallen ist; e) alle Kinder, welche in früheren Jahren impffähig geworden sind, der Impfung aber bisher ohne gefehligen Grund entzogen sind. Ist ein Impffähiger zweimal auf Grund ärztlichen Zeugnisses von der Impfung befreit worden, so kann die fernere Befreiung nur

durch den zuständigen Impfarzt erfolgen. Impflinge, die nicht rein gewaschen und gekleidet vorgeführt werden, werden zurückgewiesen. Aus einem Hause, in welchem übertragbare Krankheiten wie Diphtherie, Keuchhusten, übertragbare Genickstarre, Keuchhusten, Spinale Kinderlähmung, Masern, rosenartige Entzündungen, Scharlach, Typhus oder die natürlichen Blattern (Blattern) herrschen, dürfen die Impflinge nicht zur öffentlichen Impfung gebracht werden. Die öffentliche Impfung ist unentgeltlich; die nichtöffentliche Impfung, auch durch andere Ärzte als Impfarzte, ist gestattet.

Warnung an Radfahrer! Erfahrungsgemäß nehmen nach Eintritt der wärmeren Jahreszeit die Fahrradunfälle in starkem Maße überhand. Wir möchten das radfahrende Publikum auf die ihm drohende Gefahr aufmerksam machen und es eindringlich davor warnen, Fahrräder etwa auf der Straße oder in Hausfluren und Höfen unbesichtigt stehen zu lassen. Ebenso ist das Mitnehmen und Stehenlassen der Räder in Treppenhäusern nicht zu empfehlen, da es wiederholt vorgekommen ist, daß Fahrradriebe, die überall in den Straßen herumlungern und dabei genügend Zeit und Mühe für ihre Beobachtungen haben, selbst solche Gelegenheiten sehr bald ausnützen und dort stehengelassene Fahrräder gestohlen haben. Es ist wirklich einmal nicht zu umgehen, sein Fahrrad irgendwo stehen lassen zu müssen, dann Sorge man entweder für geeignete Aufsicht oder man schließe das Rad gut an, jedenfalls sichere man es dazwischen, daß ein Diebstahl nicht so leicht möglich ist. Nur so können sich Radfahrer vor schwerem Schaden und damit verbundenem Verdruß bewahren. Noch auf ein mag hierbei hingewiesen werden. Erforderlich ist unter allen Umständen, daß sich jeder Radfahrer die Fabrikmarke und Nummer seines Fahrrades genau aufschreibt, um auf diese Weise im Falle eines Diebstahls die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach Möglichkeit zu erleichtern.

Arbeitslose Kaufleute. Man schreibt uns: Im hiesigen Arbeitsnachweis melden sich täglich noch mehrere ältere arbeitslose Kaufleute, denen es außerordentlich schwer wird, eine Stellung zu finden, weil sie einmal nicht mehr im Vollbesitz ihrer Arbeitskräfte sind und weil andererseits die Arbeitgeber infolge des den Tariflohn für diese Leute für zu hoch halten. Da diese Leute jedoch immer wieder betonen, daß sie außerordentlich arbeitswillig sind und daß sie sich auch mit den einzelnen Organisationsgremien in Verbindung setzen würden, zu einem geringeren Gehalt zu arbeiten, sollten die Arbeitgeber einmal den Versuch machen, diese Leute einzustellen. — Es ist ja in dem Schreiben angedeutet, daß die in Frage kommenden Personen sich mit den Organisationsgremien in Verbindung setzen wollen. Das halten wir für dringend nötig. Ohne die Zustimmung der Verbände, welche die Löhne tariflich geregelt haben, darf die Arbeit nicht aufgenommen werden.

Aus dem Staatsdienst entlassen hat der Senat den Obergarteninspektor **Harro Wass.** Er hat ein solches Schreiben selbst gestellt und scheidet zum 30. September 1922 aus dem lübischen Staatsdienst aus.

Altershilfe. Umstandshalber muß die Ziehung der Lübecker Altershilfe auf den 15. Mai verschoben werden. Der 1. Hauptgewinn ist ein gestiftetes Tischspiel. Der 2. Hauptgewinn 2 Fach Gardinen.

Der Genossenschaftstag nordwestdeutscher Konsumvereine, der am Sonnabend und Sonntag in Salzkufen tagte, beschloß einstimmig, den nächsten Verbandstag in Lübeck abzuhalten.

Der Zentrale für private Fährwege gelang es, Kartoffeln zu kaufen, die sie zum ermäßigten Preis von 100 Mk. für 50 Pfd. abgibt. Die Abgabe findet so lange der Vorrat reicht, am Mittwoch und Donnerstag von 2—4 Uhr statt. Lebensmittelausweis und Ausweis der Zentrale sind vorzuzeigen. Auf jeden Ausweis werden 50 Pfd. verabreicht.

Krummeffe. Zum Gemeindevorsteher der Landgemeinde Krummeffe wurde der Landmann Heinrich Wulf gewählt.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Am Mittwoch-Ab. wird der „Freischütz“ wiederholt. Den Kasper singt Dr. Friedrich Schrader vom Stadttheater Danzig auf Inszenierung. Donnerstag wird zum letzten Mal „Beatrice und Benedikt“ gegeben mit den darauffolgenden Tanzbildern von L. K. Stolze.

Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Lehmann.

26. Fortsetzung

Die Frauen schwiegen, denn eben trat Benita in die niedrige, breite Tür der Straße. Sie sah aus wie ein hüpfender Lichtstrahl. Es war ein Lachen in ihrem Gesicht, ein sonariger Mutwille, als sie sich umschaute. Der Mutwille galt einem ihmächtigen Jüngling in feldgrau, der ihr anscheinend nachzulaufen war und nun ratlos zögerte, als das Mädchen in die offene Haustür einlenkte. Er wollte ihr folgen, machte aber schlenk nicht, als er den verammelten Frauenkreis sah. Ein vielmündiges Lachen folgte ihm, aus dem Benitas klare Stimme herausklang. Man begann über die Männer zu sprechen. Das Thema bot reichlichen Stoff. Die kleine tote Frau Braunschweig war vergessen.

Nun war Rose im Krankenhaus, und Frau Concha hatte ihre Geschäftsreise mit dem Photographen angetreten. Sie sorgte sich nicht weiter um Benita, die allein zurückblieb.

„Es sind ja nur Frauen im Hause,“ sagte Frau Concha, „was soll ihr da geschehen?“

Und sie reiste beruhigt und fröhlich ab. Es freute sie, einmal wieder aus der Enge von Nummer 17 hinauszukommen ins Leben.

Aber Benita war sehr allein. Sie ging wohl des Mittags zum Essen zu Frau Greefe hinüber, die das knappe Essen mit ihr teilte, doch weder Frau Greefe noch Frau Heise, die nicht mehr das Bett hütete und oft unten weckte, waren eine Gesellschaft für einen jungen, frohen, lebenshungrigen Menschen. Sie hatten beide gelernt zu verzichten und brachten im besten Falle eine blasse Heiterkeit auf, die das Herz nicht warm machte, Maria Heise kaum diese. Ihr seltenes, langes Lächeln kam eigentlich nur noch, wenn sie allein war mit ihren Kindern und einmal zufällig keine Schmerzen hatte. Und Frau Greefe kam das Lächeln schwer an, leit sie ihren Jungen wieder vorn mußte im Schützengraben. Klein, mit diesen beiden konnte Benita, und wenn es tausendmal Walters Mutter war, nicht das Recht der Jugend finden. Das Licht auch die weiße Kage ein. Sie verlor die Mädchen Gesellschaft zu lassen. Sie sah schon morgens an der Zimmertür, wenn Benita heraustrat, sie schnurrte und schmeidelte, bis das Mädchen sie auf dem Arm nahm, und dann rieb sie den Rücken an der

jungen Mädchenwange. Das tat Benita gut und sie behielt die Kage bei sich, wenn sie mit irgendeiner Stichelei in ihrem Süßlichen sah und zwischen den Stichen sehnsüchtig in den kalten, winterlichen Garten hinaussah, über den die Bäume des Stadtwalls ihre nackten schwarzen Zweige reckten.

Es tat Benita gut, wenn sie die Kage bei sich hatte. Sie lächelte sich dann nicht ganz einsam. Aber schließlich war es doch nur eine Kage.

Vielleicht hätte die weiße Kage, wenn sie die Menschensprache beherrschte hätte, dem Mädchen manches Kluge und Gute und Schöne sagen können, — wer weiß es? — Wer von uns kann sagen, was in einem Rahngemüt vorgeht? Für uns sind die Tiere dumm, weil wir sie nicht verstehen. Es geht ja oft so im Leben, daß unsere eigene Unfähigkeit des Begreifens uns das Unbegreifene gering achten läßt. — Vielleicht hatte Benita auch recht. Was kann wohl wirklich eine Kage von einem Mädchenherzen verstehen, auch wenn es eine weiße Kage ist? —

Ein Mädchenherz ist ein seltsam Ding, noch verzagter, noch troziger als andere Menschenherzen, noch leichter, noch buntnistigender, noch sehnsüchtiger, noch traumerfüllter als Herzen, die nicht mehr so als Knoipe, die sich erschließen will, das Blüten ersehen. Alle Herzen können ebenso tief, ebenso warm fühlen, auch ebenso innig froh, ebenso bewegt und traurig sein, aber in ihrem Fühlen, auch bei dem ungestümmten Herzen, ist mehr Wirkliches, mehr gehaltene Reife. Es umfließt sie nicht ein dauerndes Zittern, wie es Knoipen in lauer Sommerwärme umfließt, und sie tragen stiller die grauen Tage, denn sie haben schon viele graue Tage kommen und gehen sehen. Und sie wissen, daß wohl noch viele kommen und gehen werden, ehe ihr Schlagen endet. Aber du, holdes, frohes, brüchtes kleines Mädchenherz, du verläßt, wenn dir zum ersten Male die Sonne sinkt. Du wirst krank und müde und widerstandslos in der grauen Luft, deren Stille manchmal den Alternen gut tut.

Armes, armes, dummes Mädchenherz!

Benita hatte Walter lieb, aber sie war sehr allein.

Es war eine Abendstunde. Das Mädchen lag in ihrem Zimmer. Sie hielt in den Händen einen feinen Stoff, den Ines gefärbt hatte aus Belgien. Es waren kleine Blümchen mit wenigen Strichen daraufgezeichnet, und sie färbte sie ein für ein kräftigsten mit deren hellen, bunten Seidenfäden. Ein ganzer Frühling blühte unter ihren Fingern.

Die weiße Kage war heute nicht hier. Sie fühlte wohl, daß sie Frau Greefe in letzter Zeit vernachlässigt hatte, da es so vieles zu bedenken gab für eine aufmerksame weiße Kage. So war sie bei Frau Greefe geblieben, und Benita war allein.

Es pochte an die Tür.

„Herein!“ rief das Mädchen erstaunt, denn ein Besuch zu dieser Stunde war etwas ganz Ungewöhnliches.

Frau Eils stand vor ihr. Frau Eils mit schönem gebrauntem Haar, zierlichem, hochhackigen Schuhwerk und einer stark bunten farbigen Seidenbluse.

„Kommen Sie mit, Benitachen,“ sagte sie. „Zu was soll man hier Trübsal blasen? Ich geh ins Kino.“

„Ins Kino!“ — Benitas Herz schlug höher.

Sie war noch nie in einem Kinotheater gewesen, nur, wenn sie an einem vorüberging, dann konnten sich dort die Menschen vor großen, grellfarbigen Plakaten, die aufreizende Inschriften trugen, und wenn die Türen geöffnet wurden, so drang ein Strom von Licht und Wärme heraus. Es war da drinnen wie ein Land der Verheißung für das Mädchen, das nie Geld genug in Händen hatte, um sich solche Genüsse zu erschließen. Das fiel ihr auch jetzt aufs Herz nach dem ersten Aufleuchten.

„Ich kann nicht mit, ich habe kein Geld,“ sagte sie bedrückt.

Die Eils lachte.

„Was macht's,“ sagte sie. „Einmal zahl' ich schon für dich.“

Sie sah dem Mädchen die Arbeit aus den Händen. „Du bist aber geschickt,“ bewunderte sie. „Kannst es morgen weiter machen, wenn's hell ist, jetzt komm' nur!“

Benita gab dem Drängen halb zweifelnd nach.

„Was wird Ines dazu sagen?“ meinte sie.

Es war charakteristisch für die Verhältnisse in dieser Familie, daß sie nicht sagte: „Was wird meine Mutter dazu sagen, wenn sie wiederkommt?“ Es war nur Ines die der jüngeren Schwester Halt gab, deren Mißbilligung sie fürchtete, weil solche Mißbilligung immer gerecht war, und weil die Schwestern einander liebten.

Aber Ines war weit entfernt. Vielleicht erfährt sie es gar nicht. Man mußte ja nicht alles schreiben. So dachte Benita, die bis dahin kein Versehen gekannt hatte.

Benita zog eine fleidjame, helle Bluse an und schloß ihr kleines Samthütchen auf, das ihre geschäftigen Finger selbst zurechtgemacht hatten. Sie trug es nur an Sonntagen.

„Donnerwetter, schon Sie aber hübsch aus!“ rief die Eils, wieder in das Sie fallend. „Na, die Herren im Kino werden wohl ihr Herz festhalten müssen, wenn Sie kommen. Schade, daß es so dunkel ist. Es ist ein ordentliches Spaß, mit einem so hübschen Mädchen zu gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Flugzeugunfall in Fuhlsbüttel. Montag nachmittag ereignete sich auf dem Flughafen Fuhlsbüttel ein Unfall, der glücklicherweise ohne Verluste an Menschenleben abgelaufen ist. Als das von Berlin zurückkehrende Postflugzeug in 150 Meter Höhe über dem Heimatflughafen Anhalten zum Landen traf, trat urplötzlich ein Motordefekt ein, der das Flugzeug in einen jähen Absturz herbeiführte. Diesen wußte der gefestigtenwärtige Flugzeugführer noch kurz über dem Erdboden geschickt abzuschwächen. Wenn bei dem Anprall auch das Flugzeug in Trümmer ging, so blieben die Insassen, der Pilot und drei Passagiere, doch völlig unverletzt. Das zerschmetterte Flugzeug ist in die Werkstätten geschleift worden.

Hamburg. Die Metallarbeiterwahl zum Gewerkschaftskongress. Am 7. Mai fand die Delegiertenwahl zum 11. Gewerkschaftskongress statt. Es wurden dabei im ganzen 8864 Stimmen abgegeben; davon entfielen auf die Liste Peterfen 2455 und auf die kommunistische Liste Hoffmann 1406 Stimmen; 3 Stimmen waren ungültig. Die Liste Peterfen ist somit gewählt.

Hamburg. Die armen Aktionäre. Wie bittere Not die Industriekaktionäre leiden, geht mal wieder aus folgenden Zahlen hervor: Die Vulkanwerke in Hamburg und in Bredow bei Steinhilber, die große Schiffswerft, haben im Rechnungsjahr 1921, nachdem dem Werkerneuerungsfonds 19 Millionen Mark überwiesen worden sind, noch einen Ueberschuß von 8,45 Millionen Mark, der nach Abschreibungen einen Reingewinn von 3,47 Millionen Mark läßt. Dieser soll zur Verteilung einer Dividende von 20 Prozent (im Vorjahre 12 Prozent) auf 15 Millionen Stammaktien und 6 Prozent auf eingezahlte Vorzugsaktien verwendet werden. — Der transatlantische Passagierverkehr Europa — Neuyork. Während des Jahres 1921 wurden im ganzen 549 500 Passagiere von Europa nach Neuyork befördert. Davon entfielen 332 664 Passagiere auf die dritte Klasse und das Zwischendeck. Von der Gesamtsumme beförderten die Cunard-Linie 89 000, Compagnie Generale Transatlantique 48 000, Holland-Amerika-Linie 37 000, Red Star-Linie 41 500, Hamburg-Amerika-Linie 2200 und die White Star-Linie 68 200 Personen.

Altona. Ein Einbrecher erschossen. Bei dem Landmann Diebstahl in Lohndorf wurde ein Einbruch verübt. Diebstahl ermahnt von dem Gerichte, nahm seine Handlunte zur Hand und feuerte, da er auf mehrfache Anrufe keine Antwort erhielt, einen Schuß ab. Der Einbrecher fiel tot nieder.

Büchen. Ein folgenschwerer Betriebsunfall ereignete sich in der Fabrik der Gesellschaft zur Verwertung von Seereschutt in Bredow. Bei der in einem Schuppen erfolgten Explosion wurden drei Arbeiterinnen sofort getötet und neun mehr oder weniger schwer verletzt.

Kiel. Sie fühlen sich wieder! Der Bund der Arbeiter verendet an seine Mitglieder folgenden Rundschreiben: Weir: Arbeitsruhe am 1. Mai. Da wir beobachtet haben, daß die Teilnahme an dem Demonstrationzug der Arbeitnehmerschaft am 1. Mai eine auffallend geringe war, so liegt die Vermutung nahe, daß ein großer Teil der Arbeitnehmer gearbeitet hat. Wir bitten Sie daher, uns umgehend mitzuteilen, 1. ob in Ihrem Betrieb am 1. Mai gearbeitet worden ist, 2. ob alle bzw. wieviele Leute gearbeitet haben, 3. ob diejenigen, die gearbeitet haben, den freien Gewerkschaften angehören oder nicht, bezw. ob sie anderweitig organisiert sind. Da die Beantwortung dieser Fragen von außerordentlich großer Bedeutung für die künftige Stellungnahme der Arbeitgeberchaft zur Frage des 1. Mai ist, so bitten wir nochmals dringend um Beantwortung. Bund der Arbeiter e. V., Kiel. Dr. Köhler, Syndikus. Unser Kieler Heberblatt bemerkt u. a. dazu: Wir wissen zwar nicht, woher Herr Dr. Köhler seine Kenntnis von der geringen Beteiligung der Arbeiter am Mai-Demonstrationstage hat. Die Arbeiter mögen die Tendenz solcher Anträge erkennen und daraus die notwendigen Lehren ziehen: Das industrielle Scharfmachertum fühlt sich wieder.

Schwerin. Bootsunfall. Auf dem Schweriner See fand am Montag nachmittag ein Boot in dem sich zwei Schützen der Reichswehr befanden. Während der eine gerettet werden konnte, ist der Schütze Weg leider ertrunken.

Hof. Medienbürgerliche Bäderpreise. In Brunsbüttel beschloß der Verein der Hotel-, Pensions- und Logierhausbesitzer, die Zimmer- und Pensionspreise in der Weise zu heffeln, daß die Preise im Mai bis Juni 20 bis 30 Mk. und Juli bis August 30 bis 40 Mk. pro Tag und Bett betragen soll und die Pension 110 bis 150 Mk. pro Person und Tag. Für Tagesgäste kommt für Logis ein Zuschlag von 50 Prozent, für alles Uebrige ein Zuschlag von 25 Prozent und 2 Mk. außer dem 10prozentigen Zuschlag. Aus Warnemünde wurden dieser Tage Pensionspreise zwischen 150 und 250 Mk. je 300 Mk. pro Person und Tag gemeldet. Aus Ahrenshoop liegen Angebote der besseren Häuser vor, die für die Hochsaison bis zu 350 Mk. pro Tag verlangen. Die kleineren Bäder dürften nur wenig hinter diesen Durchschnittspreis zurückbleiben, so daß man als Norm mit einem Pensionspreis von 120 bis 250 Mk. rechnen muß. Die Bäderpreise rechnen nach den bisherigen Abschlüssen weniger mit einem medienbürgerlichen, als vielmehr großbürgerlichen und vor allem Auslandsbezug. — Die Schieber und Räuber bleiben also für sich und die Erzeuger aller Werte schön zu Hause. Sie sind auch nur zum Arbeiten da.

Friedrichshafen. Schwere Viehverluste hat neulich das Unwetter der Landwirtchaft gebracht, wo nachts das eben aus den warmen Ställen gekommene Vieh vor den eifigen Regens- und Hagelböden Schutz an den Grabenkannten suchte und dabei nicht nur ins Wasser geriet und ertrank. So sind allein bei Hohen 10 und bei Warrachhörn 7 wertvolle Tiere umgekommen.

Oldenburg. Ueberrassende unionistische Maulhelden! Unser Rührer Heberblatt wird geschrieben: In ihren Tagen soll ihr sie erkennen! Rühmlich die hier bei der Arbeiterchaft so genügend bekannter „Inoffizieller“ Siedersleben und Dicks. Durch ihr jahrelanges Schreien nach Massenaktion, durch dauerndes Beschimpfen andersdenkender Kollegen ohne weiteres angenommen werden, daß auch sie im gegebenen Falle die Reihen der Massen füllen. Weit gefehlt. Beide „Idealisten“ konnten es mit ihrem materialistischen Gewissen nicht vereinbaren, den Reliquiering des gesamten Proletariats durch Arbeiterchaft zu begeben. Als einzige der Belegschaft der Eisenerei der Deutschen Werke Altona-Flensburg hat sie Einlass in die so oftmals gelohnte Frontlinie. Sie, die alle anderen mit den bekannten „Kesseln des Kapitalis“, „Kontinentalrevolutionäre“, „Handlanger der Reaktion“ usw. belegen, sie, die sich nicht genug über die Gebuld der Gewerkschaften der herrschenden Klasse gegenüber wundern, sie, die bei jeder Gelegenheit in der Welt, Verammlung oder auf sonst einer Versammlung vor dem Bericht (Siedersleben) die Verjagung der Direktion oder sonstige „Selbstverwirklichungen“ verlangen, waren über Nacht zum Sarkas geworden. Nun ist aber auch das Maß der Gebuld bei den übrigen Kollegen voll, und sie verweigern den beiden Schützlingen und Netzen des Unheilbringers jegliche Hilfe, trotz dem keine Ursache aber sonstige Wertverpflüchtungen vorliegen. Trotzdem von mehreren Kollegen im Kaiserhof-Hausmannsstraße die heftigste Ermahnung abgegeben wurde — die Kollegen bleiben handhuhn und waschen von ihrem Reiz, nur dem Hilfe und Gefälligkeiten zu erweisen, der dessen würdig ist, Gebrauch. In dieser Angelegenheit einigte sich der Betriebsausschuß mit der Direktion dahingehend, daß in Zukunft diese beiden Reize nur solche Bekämpfung bekommen, wozu sie Hilfe anderer nicht benötigen. Dieses hatte zur Folge, daß sie beiden ihren bisherigen Arbeitsort verlassen mußten. Sie verließen sich herein und gingen beschämt, nachdem sie einer dreimaligen Aufforderung nicht nachgegeben waren, friedlos entlassen werden.

Beamtengehälter und Existenzminimum.

Senkung des Einkommens der unteren Beamten.

Aus den Kreisen der höheren Beamtenchaft brachte das „N. L.“ (Nr. 206) eine Klage über die Kivellierung der Gehälter der höheren Beamten. Dazu geht uns eine Gegenüberstellung zwischen den Beamteinkommen im Jahre 1918 und dem Stande vom April 1922 zu, die mit dem Existenzminimum für März 1922 und dem Stande vom April 1922 zu, die mit dem Existenzminimum für März 1922 (nach Kuczynski) in Vergleich gestellt wird. Unter Bezugnahme auf die Flugschrift des Deutschen Beamtenbundes Nr. 5 „Der soziale Niedergang der deutschen Beamtenchaft“ wird berechnet, daß das Friedenseinkommen eines unteren Beamten im Jahre 1918 mit 1640 Mk., das 1,7fache des Existenzminimums für einen Ledigen, das 1,5fache für ein Ehepaar und das 1,3fache für eine vierköpfige Familie betrug. Dieses Existenzminimum sei der Teuerung nicht angepaßt, sondern nur gesenkt worden, relativ zurückgegangen.

Wenn April-Einkommen der Beamten und Teuerungszahlen für März 1922 einander gegenübergestellt werden, ergibt sich, daß das Einkommen der unteren Beamten unter Einrechnung der Familien- und Kinderzulagen nunmehr nur noch 0,9 des für Groß-Berlin ermittelten Existenzminimums beträgt.

Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß auch die Gehälter der höheren Beamten bei weitem nicht so gestiegen sind, wie sie nach der eingetretenen Geldentwertung hätten steigen müssen. Doch auch an der Tatsache ist nicht zu rütteln, daß die Teuerung sich gleichmäßig für alle auswirkt. Wenn der Aufwand für den nackten Lebensunterhalt sich pro Kopf um eine bestimmte Summe erhöht hat, so kann der Mehrbedarf nicht durch einen prozentualen Zuschlag ausgeglichen werden. Ein solcher bleibt für den gering besoldeten Beamten hinter dem Betrag zurück, der für den Ausgleich notwendig ist. Dieser zur Aufrechterhaltung der Lebensmöglichkeit notwendige Bedarf muß zu allererst gedeckt werden.

Das ist nicht geschehen.

Das Einkommen betrug bei den

	1918	April 1922	Frau mit 2 Kindern
höheren Beamten	6500	69 160	2490 7088
mittleren Beamten	3820	47 100	2490 6724
unteren Beamten	1640	32 650	2240 6385

Das Existenzminimum war für

	Mann	Ehepaar	mit 2 Kindern
1918	871	1 159	1 471
April 1922	19 600	30 200	41 000

Das Existenzminimum war mal enthalten im Einkommen des

	oberen Beamten	mittleren Beamten	unteren Beamten
für 1918	3,5	4,4	2,4
April 1922	7,4	3,3	1,6
Ehepaar	5,6	2,8	1,5
mit 2 Kind.	4,5	1,8	1,1

Weber die Lebenshaltung der unteren Beamten vor dem Kriege noch das von Dr. Kuczynski ermittelte Existenzminimum ertragen einen Ausfall. Einem Menschen, von dem man Arbeit verlangt, muß man das zur Existenz Notwendigste geben. Ob es darüber hinaus noch möglich ist, die Leistung Rechnung zu tragen, kann im Ermessen von Regierung und Reichstag liegen. Das Existenzminimum zu geben, die Lebensmöglichkeit der unteren Beamten zu erhalten, ist zwingendes Gebot. Und wenn die höheren Beamten das noch nicht eingesehen haben, wenn sie glauben, mit einer Mißkreditierung dieses Gebot der Stunde schwächen, für Regierung und Reichstag verschleiern zu können, so zeigen sie damit nur, daß sie entweder aus der Not der Zeit noch nichts gelernt haben oder ihnen an den schwersten Erträglichkeiten des Wirtschaftslebens nichts gelegen ist.“

Gewerkschaften.

Vierter Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

Leipzig, den 8. Mai. Das circa 350 Delegierte und sonstige Verbandsvertreter umfassende Parlament des Deutschen Bauarbeiterverbandes begann am Montag morgen im großen Saale des Leipziger Volkshauses seine Arbeiten, denen als internationale Gäste beizuwohnen eine große Reihe Vertreter der Bruderverbände aus Oesterreich, der Tschechoslowakei, Schweiz, Holland, Dänemark, England, Rußland, Belgien, Frankreich, Ungarn, als deutsche Gäste Vertreter der freien Verbände der Technikindustriellen Angestellten und Beamten, der Zimmerer, Dachdecker, Glaser, Maler, Steinarbeiter, Steinsetzer, Asphaltreue sowie der Zentrale zur Förderung des Bauarbeiterfortschrittes. Nach warmen Begrüßungsansprachen von Bieligt, dem Vertreter der Leipziger Organisation und dem Verbandsvorsitzenden Páplow wurde ohne Widerspruch die alte Geselligkeit beibehalten, die Leitung der Verhandlungen dem Verbandsvorsitzenden zu überlassen. Silber Schmidt, Seherndt und Páplow wurden als Leiter bestellt, acht Schriftführer, sowie eine Beschwerde-, eine Mandatsprüfung- und eine Statutenberatungskommission wurden aus dem Plenum gewählt. Ohne Weiterungen fand auch die vom Vorstand vorgelegene Tagesordnung Annahme. Ein von Walter Halle begründeter Antrag, die anwesenden Delegierten aus Berlin und Leipzig als nicht rechtlich gewählt zu erkennen und an ihrer Stelle die angeblich rechtlich gewählten Kollegen zu berufen, fand nur eine verhältnismäßig Anzahl von Stimmen.

Dann ergänzte Páplow in gedrängter Rede den gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht, aus dem wir wichtige Entwicklungsfäden und Leistungen des Verbandes bereits im Vorbericht wiedergaben. Páplow legte die dringende Notwendigkeit von Verbesserungen aus dem technischen Verwaltungsgebiete, in der Rechtsprechung, in der Ausstattungsrichtung in Rechtsfragen, in der Arbeitslosigkeit des Verbandes dar. Bei der Arbeitslosigkeit komme leider auch in Betracht die vorhandene politische Meinungsverschiedenheit, die sich seitdem schon der Gewerkschaftsbewegung abwärts gehen habe. Wie schon auf früheren Verbandstagen, so müsse aufs neue wieder erörtert werden, daß der Austrag jener Meinungsverschiedenheiten nicht im gewerkschaftlichen Leben zu geschehen habe, ja nicht gebildet werden könne. Leider habe die Hoffnung, daß nach Annahme der Entschliessung des vorgängigen Verbandstages in Karlsruhe Besserung eintreten werde, getäuscht. Die Liste von den Unabhängigen bestehenden Kollegen waren schärfer noch als eisförmig die Unabhängigen vorgegangen. In nichts habe der Vorstand die Weltanbahnung und politische Ueberzeugung der kommunistischen Kollegen angefaßt; er habe gemahnt, er habe gebeten, schließlich habe er die Vereine Chemnitz und Gera wieder ganz unabhängig und bewußter Berühre gegen die Karlsruher Verhältnisse aus dem Verbande ausgeschlossen. Auch Einzelmitglieder seien ausgeschlossen worden, und die Notwendigkeit zu diesen Schritten habe selbstverständlich auf die

Verbetätigkeit des Verbandes lähmend gewirkt. Páplow führte aus, daß zur Aufrechterhaltung der Kampftätigkeit des Verbandes jene Schritte unumgänglich geworden seien.

Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen sei nicht erreicht, die aufsteigende Teuerung durch die Löhne auszugleichen. Aber die Löhne aufwärts gebracht zu haben nach Maßgabe der Verbandskräfte, das könne als Erfolg der Verbandsstärke behauptet werden. Das gelte auch von der Reichstagsbewegung, obwohl sie Streit nicht nur mit den Unternehmern, sondern manchen Hader und manche Unzufriedenheit auch in Kollegenkreisen ausgelöst habe. Die Sozialisierung des Bauberufes, vorwiegend theoretisches Problem, sei seit der Karlsruher Tagung tatkräftig gefördert worden. Alle die schwierigen und verzwickten Fragen hätten Verbandsvorsitzende, Bezirksleiter und sicher auch manchen Vereinsvorsitzenden außerordentlich stark in Anspruch genommen.

Die Vertretung des Verbandes nach außen, so der Regierung gegenüber (im Gewerkschaftsausschuß des N. D. G. B.), bringe immer mehr die Notwendigkeit der Vertretung weittragender allgemeiner wirtschaftlicher Fragen mit sich: Sozialisierung der Bergwerke, Erfassung der Sachwerte, Einziehung der Steuern usw. Nicht nur die zehn Punkte seien aufgestellt worden. Viel mehr ist versucht worden. Besondere Anerkennung habe man, und das sei angesichts der bestehenden Zustände begreiflich, nicht erzielen können. Aber zu der von ganz links propagierten Anwendung nackter Gewalt, wobei man aufs Spiel setze, selber mit zugrunde zu gehen, habe man sich nicht entschließen können. Páplow streift kurz den russischen Zustand, die von dort erhobenen Vorwürfe gegen die Amsterdamer Internationale als einer gelben Organisation. Zur Steuerung der Not der russischen Hungernden beantragt er 500 000 Mk. aus der Verbandskasse zu bewilligen. Er beschließt das Bild des in großen Zügen erstatteten Tätigkeitsberichtes mit einer kurzen Sireifung der internationalen Betätigung und beantragt, dem Vorstand für seine Tätigkeit Entlastung zu erteilen. (Starker Beifall.)

Aus aller Welt.

Ubelige Namenschen. Das Leipziger Schwurgericht verhandelte gegen eine Reihe von Betrügnern, die seit längerer Zeit ubelige Namenschen unter Benutzung gefälschter Geburtsurkunden, Heiratsurkunden und anderer behördlicher Schriftstücke vermittelten. Die Hauptbeteiligten sind der Rechtskonsulent v. Häuhler aus Berlin, der Darlehensvermittler Paul Danziger (Berlin) und dessen Frau. Ferner die geschiedene Malerin und Heiratsvermittlerin Anna v. Hohendorf. Zwei Leipziger Fälle wurden hier verhandelt, sechzehn weitere Fälle werden in Kürze in Berlin das Berliner Schwurgericht beschäftigen. Die großangelegte Betrugsaffäre ist vom Leipziger Kriminalrat Ritsch angeklagt worden. Das Leipziger Schwurgericht sprach drei Angeklagte schuldig. Die Urteile lauteten gegen Frau v. Hohendorf auf drei Jahre Zuchthaus, gegen den Angeklagten Danziger auf zwei Jahre, drei Monate Gefängnis und gegen Frau Danziger auf fünf Monate Gefängnis. Gegen den Angeklagten v. Häuhler, der die Seele des Unternehmens war, wird in Berlin verhandelt.

18 Seeleute ertrunken. Ein furchtbares Drama hat sich, wie erst jetzt bekannt wird, am 27. April etwa 50 Seemeilen vor Brest, zugetragen. Der deutsche Dampfer „Rolandsed“ der Hanja-Linie, der auf der Heimreise von Lissabon mit Ladung nach Hamburg unterwegs war, empfing gegen 1 Uhr nachmittags den drachlosen Silberkur eines in Seenot befindlichen Dampfers. Sofort wurde der Kurs geändert und der Unglücksfalle zugesteuert. Dort langte „Rolandsed“ gegen 3 Uhr an. Ein Dampfer lag fast kieloben in der unruhigen See, in der umgekippte Boote und mit dem Tode ringende Mannschaften des Schiffes umhertrieb. Ein englischer Dampfer war bereits am Rettungsversuch, das auch von „Rolandsed“ sofort aufgenommen wurde. Gegen 4 Uhr, als bereits zwei Mann an Bord des deutschen Dampfers gerettet waren, sackte das gekenterte Schiff ab. Gleich darauf kam eine dicke Nebelbank heran, welche weitere Rettungsarbeiten unmöglich machte. Der Engländer konnte noch herüberfahren, daß er acht Schiffbrüchige gerettet habe. Aus den zwei von „Rolandsed“ geretteten Seeleuten (Franzosen) war herauszubringen, daß es sich um einen ganz neuen französischen Dampfer, höchstwahrscheinlich „Deopardo“ der seine erste Reise machte, handelte. Das Schiff hatte deutsche Ablieferungstohlen von Rotterdam geholt. In der Nordsee war bei schwerem Sturm die Kohlenladung übergesackt, so daß schon mit harter Schlagseite in den Kanal eingelaufen wurde. Das Schiff kippte immer mehr über und schlug schließlich um. Im ganzen waren 28 Mann an Bord, so daß höchstwahrscheinlich 18 Menschen ertrunken sind.

Ein 16jähriger Raubmörder abgeurteilt. Von der Strafkammer in Krefeld wurde der 16jährige Raubmörder Friedrich Wefelmeyer zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Er hatte den Knecht Johann Nikolait, mit dem er zusammen auf einem Gut in der Nähe von Krefeld beschäftigt war, ermordet, um sich dessen Sparkassbuch aneignen zu können. Der jugendliche Verbrecher hatte die Tat mit größter Brutalität ausgeführt und sowohl bei seiner Verhaftung kurz nach Verübung der Tat, als auch während des Prozesses, der wegen des jugendlichen Alters des Angeklagten nicht vor dem Schwurgericht, sondern nur vor der Strafkammer verhandelt werden konnte, keinerlei Reue gezeigt.

Ein Malergeselle als Pastor. Ein ehemaliger dänischer Malergeselle namens Swenslow hatte sich, nachdem er vor einem halben Jahr nach Verbüßung einer längeren Strafe, aus dem Zuchthaus entlassen war, als Pastor ausgegeben und als solcher Schwestern bereist. Er hielt in Gemeinden und evangelischen Vereinen Vortrüge und predigte. Dabei bekundete er eine so glänzende Beredamung, daß er bald in den Ruf eines hervorragenden Predigers kam und auch zu Kindstaufen berufen wurde. Seine „Amtsbrüder“ ließen sich prächtig betören. Bis schließlich bei einem, der eine etwas schärfere Menschenkenntnis zu besitzen schien als seine Kollegen, das Mißtrauen erwachte. Er entlarvte den angeblichen Pfarrer und ließ ihn verhaften. Bei seiner Verhaftung rief „Herr Swenslow“ aus: „Was werden die Weibsbilder sagen, deren „Bälger“ ich getauft habe.“

Theater und Musik.

Stadttheater.

Gastspiel von Thessa Went vom Stadttheater Leipzig als „Mariamne“ in „Herodes und Mariamne“ von Fr. Hebbel.

Thessa Went steht in Lübeck in bester Erinnerung; hauptsächlich war ihr Ruf gegründet auf ihre Leistungen in neueren Rollen. Doppelt gespannt dürfte man deshalb sein auf ihre künstlerische Verarbeitung einer der schwierigsten Rollen des klassischen Dramas, Hebbels Mariamne. Schon wiederholt habe ich hier davon gesprochen, daß Hebbel nur mit dem Wissen zu spielen ist, mit dem kalten, scharfen Verstand; mit gefesselter Leidenschaft. Und das war die innere Kraft, die Stärke der Leistung von Thessa Went. Mit beinahe unheimlicher Ueberzeugung, mit unterdrücktem Herzensfeuer führte sie Entschlüsse, drohte sie, führte sie ihre Drohungen durch. Die Wellenlinien des inneren Erlebens, die unmäßige Steigerung der Leidenschaft waren von seltsamer Schärfe — allerdings im Hebbelschen Sinne. Denn Hebbels dramatische Logik kennt nicht warmblütiges Fühlen, keine nur unerbittlich-taltonen Zwang des selbstbewußt gewordenen Ich. Und gerade das fehlte dem anderen Gast, Frau Junke, der auf Verpflichtung spielte. Er fiel neben keiner Gegenpartei völlig ab, weil ihm Hebbel von der ersten bis zur letzten Szene fremd blieb. Auch ein beinahe verschwenderischer Aufwand, ferner immerhin vorhandener Mittel konnte darüber nicht hinweghelfen.